



Protokoll der 5. Sitzung des Einwohnerrates

vom 18. Dezember 2024, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Benjamin Erni (EVP), Stefan Fraefel (Mitte) und Daniel Jurt (SVP)

Abwesend: -

Traktanden	Laufnummer
Traktandenliste <i>://: Dem stadträtlichen Antrag für die Absetzung des Geschäfts «Parkhaus Altstadtblick» (Nr. 2024-227) wird einstimmig zugestimmt.</i>	2024-227
1. Protokolle der Ratssitzungen vom 25.09.2024 und 30.10.2024 <i>://: Die Protokolle der Ratssitzungen vom 25.09.2024 und 30.10.2024 werden einstimmig genehmigt.</i>	
2. Ersatzwahlen in Kommissionen BPK, GPK, GOR und SBK <i>://: Gemäss Wahlvorschlag der Grünen Fraktion (GL) werden einstimmig für die restliche Amtsperiode vom 1. Januar 2025 – 30. Juni 2028 gewählt:</i> <ul style="list-style-type: none"><i>• Holinger Matthias (GL) anstelle von Oberholzer Natalie (GL) als BPK-Mitglied</i><i>• Franke Philipp (GL) anstelle von Holinger Matthias (GL) als BPK-Ersatzmitglied</i><i>• Sutter Andreas (GL) anstelle von Holinger Matthias (GL) als GPK-Vizepräsident</i><i>• Sutter Andreas (GL) anstelle von Holinger Matthias (GL) als GOR-Mitglied</i><i>• Holinger Matthias (GL) anstelle von Oberholzer Natalie (GL) als SBK-Ersatzmitglied</i>	2024-22
3. Budget und Jahresprogramm 2025 – Berichte Stadtrat sowie Finanzkommission (FIKO) <i>://: In der Schlussabstimmung wird das Budget 2025 einstimmig genehmigt.</i>	2024-8 2024-8a
4. Parkhaus Altstadtblick – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Ausgabenbeschluss im Zusammenhang mit einem Mietvertrag zum Betrieb eines öffentlichen Parkhauses in der Überbauung Altstadtblick (vormals Lüdin-Areal) <i>Das Geschäft wird von der Traktandenliste abgesetzt.</i>	2024-227 2024-227a

- | | | |
|----|---|---------------------|
| 5. | Reglement über die Feuerungskontrolle, Totalrevision – Berichte Stadtrat sowie Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR)
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2024-13
2024-13a |
| 6. | EBL-Konzessionsvertrag – Berichte Stadtrat sowie Finanzkommission (FIKO) zu Konzessionsvertrag betreffend Erstellung und Betrieb von Leitungsnetzen für die Verteilung elektrischer Energie an die Verbraucher mit der EBL
<i>://: Der Einwohnerrat nimmt den Konzessionsvertrag mit der EBL betreffend Erstellung und Betrieb von Leitungsnetzen für die Verteilung elektrischer Energie an die Verbraucher einstimmig zur Kenntnis.
://: Einstimmig wird der Stadtrat vom Einwohnerrat ermächtigt, die Konzessionsabgabe in einer Bandbreite von 0.34 bis 0.4 Rp./kWh festzulegen.</i> | 2024-18
2024-18a |
| 7. | Stützpunkt- und Regionalfeuerwehr Liestal (SRFWL) – Beitritt Feuerwehr Nuglar-St. Pantaleon
<i>://: Der Einwohnerrat genehmigt einstimmig den Beitritt der Einwohnergemeinde Nuglar-St. Pantaleon zum Feuerwehrzweckverband Stützpunkt und Regionalfeuerwehr Liestal (SRFWL) und die dazugehörige Änderung der Anhänge A und B zu den Statuten vom 25. Juni 2019.</i> | 2024-20 |
| 8. | Sicherheit in Liestal – Postulat zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls und zur Bekämpfung der Kriminalität in Liestal von Domenic Schneider der GLP/EVP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2024-15 |
| 9. | Fragestunde
<i>Vom Stadtrat werden 17 Fragen beantwortet.</i> | - |

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Medienvertretende und Gäste zur letzten Ratssitzung im Jahr 2025. Die Namen der entschuldigenden und für die heutige Sitzung abgemeldeten Ratsmitglieder werden verlesen.

[Wegen technischen Problemen wird eine Testabstimmung durchgeführt und es kann festgestellt werden, dass die Durchführung von Abstimmungen möglich ist, man jedoch bei einigen Bildschirmen Probleme hat, welche mit Unterstützung des externen Supports bis zur Bereinigung der Traktandenliste gelöst werden können].

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) macht als Präsident folgende Mitteilung:

- Einwohnerrätin Natalie Oberholzer (GL) hat ihren Rücktritt per 31. Dezember 2024 erklärt. Das Schreiben der ausscheidenden Ratskollegin vom 13.11.2024 wird verlesen:

*Sehr geehrter Einwohnerratspräsident
Sehr geehrter Stadtratspräsident
Sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates
Liebe Mitglieder des Einwohnerrates*

Vor acht Jahren kam ich quasi als nichts ahnende Listenfüllerin und Erstnachrückende in den Einwohnerrat. Ich wollte eigentlich den Grünen einfach zu ein paar mehr Stimmen verhelfen, mehr nicht. Doch es kam anders. Ein halbes Jahr nach den Wahlen sass ich bereits im Einwohnerrat – und ich bereute es zu keiner Zeit! Im Gegenteil. Es hatte mir den Ärmel reingezogen, wie man so schön auf Mundart sagt. Ich fand Gefallen, bei der Entwicklung der Stadt Liestal mitzuwirken, sei es in der Bildung, in der Planung, im Bereich Mobilität oder anderswo. Deswegen verlasse ich den Einwohnerrat nun mit weinendem Auge. Ich schätzte die angenehme Zusammenarbeit mit allen Mitgliedern des Einwohnerrates sehr. Die parteiübergreifenden Diskussionen blieben immer sachlich und respektvoll. Dafür möchte ich mich hier herzlich bedanken. So macht Politik Freude!

Besonders freut mich, dass Nachhaltige Entwicklung nun einen prominenten Platz im Entwicklungsplan erhalten hat und Klimaschutz in keiner Partei mehr ein TABU-Thema ist. Vieles ist angedacht, geplant und einiges bereits umgesetzt. Die neue Stelle «Klima, Energie und Umwelt» wird dem Ganzen nochmals Schub verleihen, da bin ich mir sicher, so dass Liestal auf Kurs bleibt und Vorbild für die gesamte Bevölkerung wird.

Trotz all der Freude gebe ich nun meinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat per Ende 2024 bekannt. Beides, die kantonale Politik und gleichzeitig das kommunale Amt weiterzuführen, würden meine persönlichen Kapazitäten übersteigen. Was nicht heisst, dass ich mich nicht weiterhin für Liestal einsetzen werde – jetzt halt einfach auf einer anderen Ebene.

Ich danke euch allen für die wertvolle Zusammenarbeit und euer Engagement zum Wohl unserer Gemeinschaft.

Natalie Oberholzer

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Die heutige Sitzung wird bis ca. 19.15 Uhr dauern und von keiner Pause unterbrochen, da um 19.30 Uhr der Weihnachtsapéro im Rathaus stattfinden wird. Die Ratsmitglieder werden um kurze Voten gebeten, denn an der heutigen kurzen Sitzung sollten alle traktandierten Geschäfte behandelt werden.

Neue persönliche Vorstösse

- Belagsinstandstellung – Interpellation «Belagsinstandstellung nach Aufgrabung der Allmend» von Lorenz Holinger namens der SVP-Fraktion (Nr. 2024-21)
- Feuerwehrmagazinareal – Postulat «Wie weiter mit dem Feuerwehrmagazin Areal?» von Peter Küng namens der SP-Fraktion (Nr. 2024-23)
- Sportplatz Gitterli – Interpellation «Sanierung Sportplatz Gitterli» von Markus Hügin der SVP-Fraktion (Nr. 2024-24)
- Sportanlagen-Zugänglichkeit – Postulat betreffend Zugänglichkeit der Sportanlagen während der Schulferien» von Domenic Schneider der GLP/EVP-Fraktion, Anita Baumgartner der Grünen Fraktion, Sonja Niederhauser der EVP-Fraktion, Florian Sennhauser der FDP-Fraktion und Marius Ziegler der SVP-Fraktion (Nr. 2024-25)
- Plastikverpackungen-Kreislauf – Postulat «Kreislaufwirtschaft für Plastikverpackungen und Getränkekartons in Liestal» von Domenic Schneider der GLP/EVP-Fraktion (Nr. 2024-26)

Mitteilungen Stadtrat

Stadtpräsident Daniel Spinnler möchte eine personelle Veränderung in der Bereichsleitung bekanntgeben. Wir haben einen sehr geschätzten Mitarbeiter bei uns, Thomas Noack. Er hat sich entschieden, per 31. Juli 2025 in den wohlverdienten Ruhestand zu gehen. Er ist jemand, der die Stadtentwicklung geprägt und vorangetrieben hat. Das weitere Vorgehen ist jetzt so: Ihr habt ja Kenntnis von der Kündigung des Stadtverwalters. Wir sind jetzt daran, diese Stelle auszuschreiben. Wir haben geschrieben, dass wir das im Januar machen würden. Wir werden jetzt aber schon am Freitag mit einem Inserat hinausgehen. Der Prozess wird dann laufen und im Nachgang wird dann die Stelle von Thomas Noack neu besetzt.

Stadträtin Marie-Theres Beeler erinnert daran, dass am 1. Februar 2025 die Velostation aufgeht und alle herzlich eingeladen sind, diese feierlich mitzueröffnen und als Gäste dabei zu sein. Der Flyer wird dann noch zusammen mit einer persönlichen Einladung verschickt.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Bernhard Bonjour (SP) gibt bezüglich der Absage der Einwohnerratssitzung vom 27. November 2024 eine persönliche Erklärung ab:

Geschätzter Präsident, geschätzte Alle

In unserem Geschäftsreglement steht etwas drin unter dem Titel „Einberufung und Verhandlungsfähigkeit“. Ich zitiere: „Der Rat versammelt sich regelmässig zu ordentlichen Sitzungen, die vom Büro in einem Jahresplan festgelegt werden“. Der Jahresplan ist vom Büro einstimmig beschlossen worden und dem Einwohnerrat sowie Stadtrat zur Kenntnis gebracht worden. Das Geschäftsreglement legt weiterhin fest, dass man zusätzliche Sitzungen verlangen kann. Neu enthält das Geschäftsreglement einen Absatz, was passieren soll, wenn eine Sitzung „aufgrund höherer Gewalt nicht physisch durchgeführt werden kann“. Dann kann das Büro entscheiden, eine Sitzung abzusagen. Diese muss aber so rasch wie möglich nachgeholt werden. Dass nur wenige Traktanden für eine Sitzung vorliegen, ist weder höhere Gewalt, noch macht es eine physische Durchführung unmöglich. Im ganzen Reglement gibt es keine Bestimmung darüber, dass man Sitzungen, die vorgesehen sind, aus anderen Gründen absagen kann. Der Absagebeschluss ist vom Büro mit Mehrheitsentscheid gefasst worden. Selbstverständlich akzeptieren wir Mehrheitsbeschlüsse, auch wenn wir unterlegen sind. Aber politische Gremien können nicht irgendetwas beschliessen, sondern sie können nur darüber etwas beschliessen, wo sie dazu das Recht haben vom Gesetz her. Begründet worden ist die Absage damit, dass man es schon immer so gemacht habe und dass man Kosten einsparen will. Schon ganz früh, als ich mich angefangen habe politisch zu betätigen, hat man mich gewarnt. Man hat mir gesagt, in der Schweiz würden politische Fragen nur nach 3 Kriterien entschieden. Erstens: „Das haben wir immer schon so gemacht“. Zweitens: „Das haben wir noch nie so gemacht“. Drittens: „Da könnte ja jeder kommen“. Es ist nichts Schlimmes passiert, weil die Sitzung abgesagt wurde. Es ist kein Drama. Aber grundsätzlich haben wir als Einwohnerrat Rechte, die wir wahrnehmen können und dafür sind wir gewählt worden. Wird eine Sitzung abgesagt, können wir diese Rechte nicht wahrnehmen. Mindestens wird alles, was wir machen wollen, verzögert. Der ganze politische Prozess wird verlangsamt. Ich halte das für schlimmer, als wenn eine Sitzung nur eine halbe Stunde dauert. Das halte ich nicht für schlimm. Ganz grundsätzlich plädiere ich dafür, dass wir unsere eigenen Reglemente ernst nehmen und nicht irgendetwas beschliessen dürfen, auch wenn es nicht in dem Reglement drinsteht, weil es jetzt halt gerade aus irgendeinem Grund praktisch ist.

Traktandenliste

Stadtpräsident Daniel Spinnler stellt im Namen des Stadtrates den Antrag, das Geschäft «Parkhaus Altstadtblick» (Nr. 2024-227) von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abzusetzen. Die Begründung haben wir euch geschickt. Es ist das Thema gewesen, dass es noch eine rechtliche Frage gegeben hat wegen der Zulässigkeit der Vermietung beziehungsweise der Bewirtschaftung von diesen Parkplätzen, sogenannten Abstellplätzen nach § 106. Das möchten wir ganz sauber geklärt haben und darum möchten wir das heute so nicht diskutieren, auch wenn es heute eigentlich nur um einen Ausgabenbeschluss geht, den ihr fassen müsst. Letztlich müsst ihr uns die Kompetenz geben, den Mietvertrag in dem Sinne abzuschliessen, dass wir das Geld haben, um die Miete bezahlen zu können. Ihr seid ja für den Ausgabebeschluss zuständig, wir für den Mietvertrag. Wir möchte das aber sauber machen und entsprechend würden wir das Geschäft gerne heute absetzen.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass keine Wortbegehren zum stadträtlichen Antrag und zur Traktandenliste der heutigen Ratssitzung angemeldet werden.

://: Dem stadträtlichen Antrag für die Absetzung des Geschäfts «Parkhaus Altstadtblick» (Nr. 2024-227) wird einstimmig zugestimmt und die restliche Traktandenliste gemäss Einladungsschreiben vom 4. Dezember 2024 einstimmig beschlossen.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) hält fest, dass er die «Fragestunde» gegebenenfalls kurzfristig vorziehen wird, sollte sich abzeichnen, dass nicht alle traktandierten Geschäfte bis zum Sitzungsschluss von ca. 19.15 Uhr behandelt werden können.

1. Protokolle der Ratssitzungen vom 25.09.2024 und 30.10.2024

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) erklärt, dass beim Büro keine Änderungsanträge bezüglich der beiden Protokolle vom 25. September 2024 und 30. Oktober 2024 eingegangen sind, weshalb das Büro dem Rat die Genehmigung der zwei Protokolle beantragt. Er kann nach Umfrage feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Protokolle der Ratssitzungen vom 25.09.2024 und 30.10.2024 werden einstimmig genehmigt.

2. Ersatzwahlen in Kommissionen BPK, GPK, GOR und SBK (Nr. 2024-22)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) kann nach Umfrage feststellen, dass sich die Ratsmitglieder damit einverstanden erklären können, dass offen gewählt wird.

Lukas Flüeler (GL) meldet sich zu Wort und stellt fest, dass Matthias Holinger (GL) als SBK-Ersatzmitglied und nicht als SBK-Mitglied gewählt werden müsste.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass der Wahlvorschlag der Grünen Fraktion gemäss Vorlage Nr. 2024-22 folglich mit der Korrektur und Änderung zu beschliessen ist, dass Matthias Holinger als SBK-Ersatzmitglied zu wählen ist.

Zu diesem Geschäft werden keine weiteren Wortbegehren angemeldet.

://: Gemäss Wahlvorschlag der Grünen Fraktion (GL) werden mit 36 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung für die restliche Amtsperiode vom 1. Januar 2025 – 30. Juni 2028 gewählt:

- **Bau- und Planungskommission (BPK)**

Holinger Matthias (GL) anstelle von Oberholzer Natalie (GL) als BPK-Mitglied

Franke Philipp (GL) anstelle von Holinger Matthias (GL) als BPK-Ersatzmitglied

- **Geschäftsprüfungskommission (GPK)**

Sutter Andreas (GL) anstelle von Holinger Matthias (GL) als GPK-Vizepräsident

- **Gemeindeordnung und Reglemente (GOR)**

Sutter Andreas (GL) anstelle von Holinger Matthias (GL) als GOR-Mitglied

- **Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK)**

Holinger Matthias (GL) anstelle von Oberholzer Natalie (GL) als SBK-Ersatzmitglied

3. Budget und Jahresprogramm 2025 – Berichte Stadtrat sowie Finanzkommission (Nr. 2024-8)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) informiert über den Ablauf:

- 1. Eintreten**
- 2. FIKO-Bericht (Nr. 2024-8a)**
- 3. Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen**
- 4. Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung**
- 5. Einzelsprecher: Gesamtwürdigung**
- 6. Anträge: Stellungnahmen und Abstimmungen**
 - . Jahresprogramm 2025**
 - . Budget-Einzelanträge (Nr. 2024-8b)**
 - . Restliche Budget-Anträge gem. Vorlagen Stadtrat und FIKO**

Die selbständigen Anträge gemäss ER-Vorlage Nr. 2024-28b werden bei der Behandlung der Anträge einzeln thematisiert und dann einzeln über diese abgestimmt.

* * * * *

1. Eintreten

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

://: Das Eintreten auf das Geschäft wird einstimmig beschlossen.

2. FIKO-Bericht (Nr. 2024-8a)

Peter Küng (SP) stellt den Kommissionsbericht der Finanzkommission (FIKO) gemäss Vorlage Nr. 2024-8a vor: Das Budget 2025 verbessert sich gegenüber dem Budget 2024. Nach der Beratung der Finanzkommission sowie Zustimmung der FIKO-Anträge würde das Budget 2024 ein Plus von TCHF 330 anstatt einem Minus von TCHF 170 ausweisen. Die budgetierten Mehreinnahmen können durch die steigenden Ausgaben kompensiert werden. Die grössten Ausgabenzuwachse sind in den Bereichen Personalkosten und bei den Pflegekosten mit einem Plus von TCHF 700, das sind vor allem Beiträge an Kranken- und Pflegeheimkosten. Da sieht man die Auswirkungen der demografischen Entwicklung und es wird leider auch wahrscheinlich so weitergehen, denn dort werden die Kosten weiterhin steigen. Auch die Abgeltung an die Stützpunkt- und die Regionalfeuerwehr Liestal erhöht sich gegenüber dem 2024 um TCHF 470. Auf zwei Mehrausgaben möchte er noch vertiefter eingehen: So das Plus von TCHF 470 betreffend Stützpunkt- und Regionalfeuerwehr Liestal. Der Finanzkommission ist erklärt worden, wie die Mehrkosten zustande gekommen sind oder zustande kommen werden. Sie erklären sich hauptsächlich mit dem Umzug in die neue Rettungswache am Altmarkt und mit einer Neustrukturierung beim Personal. Dort gibt es eine zusätzliche Vollzeitstelle.

Ausserdem mit höheren Stundenentschädigungen bei Einsätzen und Übungen sowie der Eingliederung von neuen Gemeinden wie Nuglar-St. Pantaleon. Das sehen wir ja dann auch beim Traktandum sechs. Der FIKO ist aber bestätigt worden, dass die Kosten in den nächsten Jahren nicht mehr steigen sollen. Hoffen wir das Beste. Zweitens sind natürlich die Personalkosten mit einem Plus von 4 % gegenüber dem Budget 2024 zu erwähnen. In Zahlen ausgedrückt sind das CHF 1,19 Mio. und ein grosser Teil von diesen Mehrkosten ist der eingerechnete Teuerungsausgleich von 1,4 Prozent, was TCHF 400 ausmacht. Wie dem Bericht entnommen werden kann, hat der Landrat am 28. November 2024 entschieden, auf den Teuerungsausgleich im 2025 zu verzichten. Wie der Bericht auch aufzeigt, ist es für eine Mehrheit der Finanzkommission unbestritten, dass die Stadt bei ihren Angestellten analog dem Kanton beim Teuerungsausgleich folgt. Das heisst, mit dem Entscheid und dem Antrag wird somit das Budget 2025 um rund TCHF 400 verbessert. Weitere Erhöhungen der Personalkosten sind die neu beantragten 2,5 Vollzeitstellen in den Bereichen Hochbau und Rechtsdienst, was zu Mehrkosten von TCHF 358 führt. Ausserdem werden bei der Tagesbetreuung im Bereich Bildung zusätzliche 1,96 Vollzeitstellen benötigt. Diese sind in Abhängigkeit der Anmeldungen von den Kindern, welche diese Dienstleistungen nutzen. Diese Entwicklung kann auch als Erfolg und vor allem als Bedürfnis gewertet werden. Von den Personalkosten möchte er jetzt zu den Budgetanträgen der FDP/Mitte-Fraktion kommen. Beim 1. Antrag, den Personalaufwand um 282'000 Franken zu reduzieren, empfiehlt die Mehrheit der Finanzkommission die Ablehnung des Antrages. Die ausführliche Begründung findet man im FIKO-Bericht. Bezüglich den beiden Anträgen 2 und 3 zur Investitionsrechnung betreffend „Kindergarten Schwieri - Umnutzung zum Familienzentrum“ und der Umnutzung von zwei Räumen in der Schulanlage „Fraumatt“ empfiehlt die FIKO jeweils mit Stichentscheid des Präsidenten die Ablehnung. Bei den Hauptanträgen zu diesem Budget, also den Stadtratsanträge, empfiehlt die FIKO teilweise einstimmig und zweimal mehrheitlich die Zustimmung zu den Anträgen. Zum Schluss möchte er nochmals erwähnen, dass das Budget 2025 nach der Beratung in der Finanzkommission ein Plus von TCHF 330 ausweist. Die Veränderungen gegenüber dem ursprünglichen Budget sind abhängig von 2 Entscheiden. Einer wird heute gefällt und einer wurde vor zwei Sitzungen gefällt. Dann ist nämlich die Betriebskostenbeitrag-Reduktion um TCHF 100 an die Gitterli AG beschlossen worden, was im Budget 2025 nicht eingestellt war sowie der nicht gewährte Teuerungsausgleich von TCHF 400. Er möchte sich an dieser Stelle bei allen Beteiligten, insbesondere bei den Stadträtinnen und Stadträten sowie den Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltung für die offene und transparente Zusammenarbeit innerhalb der Finanzkommissionsberatung zum Budget 2025 bedanken.

3. Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

Stadtpräsident Daniel Spinnler bedankt sich für die positive Aufnahme des Budgets. Es ist in der Tat so, wir haben eine Verbesserung hingebacht mit dem Budget 2025 im Vergleich zum Vorjahr 2024 mit einem negativen Ergebnis. Allerdings dürfen wir natürlich jetzt keine Entwarnung geben, sondern wir dürfen und müssen daran denken, dass auch hier noch Infrastrukturabgaben drin sind, welche einmalig sind und sich auf rund 2 Mio. Franken belaufen. Wenn das Geld so kommt, dann schliessen wir tatsächlich mit einem positiven Ergebnis ab. Nichtsdestotrotz ist die Entwicklung gut, was man auch bei den Steuerprognosen sieht, welche hinauf gehen. Die Nationalbank hat die Leitzinsen wieder gesenkt, was auch zu einer Verbesserung der Konjunktur führen dürfte und damit auch zu mehr Steuereinnahmen. Auch haben wir nicht ein so starkes Kostenwachstum, obwohl wir noch Personalanträge stellen, zu welchen er sich später noch äussern wird. Auch ist es wichtig, dass man an der Aufgabenprüfung weiterhin konsequent dran bleibt. Auch muss im Auge behalten werden, was mit den Kosten im Alter geschieht, was Peter Küng vorher gut ausgeführt hat: Was passiert mit den Kosten im Alter und in der Bildung sowie weiteren Themen, welche vom Kanton auf die Gemeinden abgewälzt werden. Er möchte noch darauf hinweisen, dass wir jetzt hauptsächlich über die Zahlen geredet haben. Was auch relevant ist, ist natürlich der Inhalt sowie die Tätigkeiten und das Programm für das Jahr 2025, welche auf uns warten. Er weiss noch nicht, ob man dies alles schaffen wird, doch wird man die ambitionierten Ziele gerne angehen. Auch er bedankt sich

für die gute Zusammenarbeit mit den Stadtratsmitgliedern, der Verwaltung und auch der Finanzkommission.

4. Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung

Roger Ballmer (FDP) dankt im Namen der FDP/Mitte-Fraktion der Verwaltung und dem Stadtrat für die umfangreich aufbereiteten und informativen Unterlagen zum Budget 2025. Insbesondere der neu mitgelieferte Zwischenbericht, der Bestandteil ist, hat geholfen, das Budget auch richtig einzuordnen. Seine Fraktion hat sich intensiv mit dem Budget auseinandergesetzt und dabei ein durchgezogenes Fazit wahrgenommen. Auch wir sind erfreut, dass das budgetierte Ergebnis mit einem Verlust von TCHF 170 besser ausfällt als die letztjährige Erwartung für das 2025. Wenn wir heute dem Antrag zum Teuerungsausgleich folgen, so kehrt sich dann das Ergebnis in ein Plus von TCHF 300 um. Bei genauer Betrachtung sehen wir aber auch, dass das Budget von einer deutlichen Steigerung auf der Ertragsseite lebt, insbesondere bei den Steuererträgen. Dort geht man von 8,7 % höheren fiskalen Erträgen aus. Das sind satte 4,2 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahr. So dringend wir die Mehreinnahmen auch brauchen könnten, so sind diese doch mit Vorsicht zu geniessen, denn die Konjunkturprognosen, auch diejenigen vom BAK, haben sich in den letzten Monaten wieder etwas abgeschwächt. Sollten sich die ambitionierten Erträge nämlich nicht einstellen, so schlägt das 1:1 auf das Ergebnis durch. Und das zweite Element, welches das Ergebnis auch massgebend beeinflusst, ist das Thema mit den Infrastrukturbeiträgen von 2,3 Millionen Franken. Kommt es nämlich weiterhin nicht zur Umsetzung von diesen Quartierplänen, gibt es da weiterhin Verzögerungen oder sogar einen Stopp, was die Rechnung 2025 wiederum massiv beeinflussen wird, wie das jetzt schon in der Rechnung 2024 der Fall ist, wo wir mittlerweile einen Verlust von 5,3 Millionen Franken aufgrund ausbleibender Infrastrukturbeiträge prognostiziert bekommen. In dem Umfeld der ertragsseitigen Ungewissheit erfüllt uns das Budget mit stetig wachsenden Ausgaben eigentlich mit Sorge. Alleine der Personalaufwand, die grösste Aufwandsposition, ist gegenüber der Rechnung 2023 in den letzten 2 Jahren um 10 Prozent gestiegen. Wenn wir jetzt die TCHF 400 abziehen, dann sind es noch 2,4 Millionen bzw. 8 Prozent. Und aufgrund dieser Ungewissheit auf der Ertragsseite sind wir eigentlich auch der Meinung, dass es zwingend notwendig ist, beim Wachstum auf der Aufwandsseite Zurückhaltung an den Tag zu legen. Denn nur so kann die Stadt auch finanziell den Handlungsspielraum für die Zukunft sichern. Denn auch das Budget 2025 benötigt weiterhin Fremdkapital und weist neu einen Schuldenberg per Ende 2025 von 74 Millionen Franken aus. Und das ist auch die Basis unserer Überlegung und Budget-Anträge gewesen, mit welchem man auf der einen Seite das Aufwandswachstum bremsen will und auf der anderen Seite noch Einsparmöglichkeiten bei den Investitionen ausloten möchte. Ansonsten schliesst sich seine Fraktion den Anträgen des Stadtrates und der Finanzkommission an.

Anita Baumgartner (Grüne) bedankt sich als Fraktionssprecherin der Grünen-Fraktion für das sauber erarbeitete Budget, die Ergänzungen und die Angaben zur Erwartungsrechnung 2024 sowie die Verschiebung vom Stellenplan vom EP ins Budget. Auch bei allen Involvierten möchten wir uns für die grosse Arbeit bedanken und natürlich auch für die Auskunftsbereitschaft von aller Stadtratsmitglieder und Bereichsleitenden an den Kommissionssitzungen. Die Finanzlage der Stadt lässt auch in diesem neuen Jahr aus unserer Sicht noch kein Aufatmen zu. Die stetig wachsende Fremdfinanzierung, wir haben es vorhin gehört, muss aber zusammen mit der Zinsentwicklung im Auge behalten werden. Trotzdem sind wir der Meinung, dass die geplanten Investitionen, insbesondere im Schulraum, beispielsweise im „Fraumatt“, keinen Aufschub vertragen und eigentlich noch deutlich mehr, beispielsweise „Sanierung Rotacker-Schulhaus“ und „Sanierung des Werkhofs“ wünschenswert wären. Wir sehen aber auch, dass der Stadtrat da jeweils stark priorisieren muss und dies auch macht. Wir schreiben bald das Jahr 2025. Bis zur Erreichung vom „Netto-0-Ziel“ verbleiben also noch 10 Jahre. Aus unserer Sicht ist die Pendenzenliste, was die energetischen Sanierungen der Stadtgebäude anbelangt, noch zu lange. Es ist darum zentral, dass die Stadt die dringend benötigten personellen Ressourcen bekommt und das entsprechende Know-How intern aufbauen kann und nicht extern

teuer einkaufen muss. Hoffnung haben wir weiterhin in die Aufgabenüberprüfung. Wir stehen dahinter, wir sind der Meinung, wir sollten an dieser festhalten und wir sind zuversichtlich, dass der Stadtrat in diesem Zusammenhang auch noch weitere Optimierungen auf der Einnahmeseite prüfen wird und möglicherweise dem Einwohnerrat vorlegen kann. Den Anträgen des Stadtrates sowie der Finanzkommission wird man folgen, die Budget-Anträge der FDP/Mitte-Fraktion werden jedoch abgelehnt, wozu man anschliessend noch Stellung nehmen wird.

Alexandra Muheim (SP) fasst sich im Namen der SP-Fraktion kurz. Ihre Fraktion findet, dass das Budget einen schönen Mittelweg findet zwischen Aufgabenüberprüfung und Investitionen in ein zukunftsorientiertes Liestal. Zu den Anträgen wird sie sich später noch äussern. Wir danken allen ganz herzlich, die hier mitgearbeitet haben.

Domenic Schneider (GLP) bedankt sich im Namen der GLP/EVP-Fraktion vielmals. Es ist nicht einfach, ein Budget zu machen, das die Verantwortung der aktuellen Zeit vereint mit den Bedürfnissen und der Verantwortung der Zukunft. Aber das ist der Auftrag, den wir hier im Einwohnerrat und auch im Stadtrat haben: Ein Budget zu machen, das nachhaltig, ökologisch sowie sozial ist und vor allem auch finanziell verhält. Jetzt haben wir, wie wir das auch schon gehört haben, eine massive Fremdvverschuldung. Diese ist massiv, denn obwohl er kein Buchhalter ist, kann er ausrechnen, dass wir die Nettoinvestitionen nur zu 43 Prozent aus eigener Kraft finanzieren können. Das bedeutet, für jeden investierten Franken müssen wir 57 Rappen ausleihen. Und das müssen wir dann auch irgendwann zurückzahlen, inklusive Zinsen. Das bedeutet auch wieder, dass der Schuldenberg wächst. Und wenn wir jetzt eben von Schulden von 73,7 Millionen hören, dann weiss er nicht, ob wir das wirklich noch verantworten können. Und wohin geht es dann überhaupt noch? Wo können wir sparen? Ist jetzt die Aufgabenüberprüfung, die wir haben, ist dies bis jetzt gut gelaufen oder hat man einfach so ein bisschen das realisiert, was vielleicht einfach gerade so drin gelegen ist und das aber noch nicht weh getan hat? Nun dort noch tiefer grübeln oder wohin gehen wir? Sind zum Beispiel die zunehmenden Ausgaben für die externen Berater richtig oder müsste man das Know-How langfristig intern aufbauen? Das sind Fragen, die uns unheimlich beschäftigen und für die wir alle wohl nicht in jedem Fall die richtige Antwort dazu haben. Aber man muss noch mehr hinschauen. Wo brauchen wir in Zukunft mehr Know-How, damit wir langfristig dann die externen Berater reduzieren können? Aber wir haben auf der anderen Seite Priorisierungen wie der Ausbau von Schulraum, Massnahmen im Bereich Klima, Energie und Umwelt usw., die wir absolut unterstützen. Die eine oder andere Scheibe in den Turnhallen von Liestal sind noch einfach verglast und was dort an Energie hinaus geblasen wird, kann man sich ja vorstellen. Nicht jedes Gebäude der Stadt ist wirklich energetisch auf dem Stand, den man für einen Privathaushalt erwartet. Und dann müssen wir auf der anderen Seite auch wieder schauen, ob es denn richtig ist, dass wir beispielsweise den Kindergarten Schwieri zu einem Familienzentrum ausbauen und dass man gewisse Kellerausbauten im Fraumatt macht? Aber sind das jetzt wirklich die grossen Posten, bei denen wir einsparen können? Oder ist der Mehrwert durch die Ausbauten, bei denen die Bevölkerung etwas davon hat, von einem Familienzentrum beispielsweise, nicht höher zu gewichten haben, als der Batzen? Es ist von dem her unheimlich schwierig. Wir begrüssen es aber, dass der Stadtrat auf den Teuerungsausgleich von TCHF 400 verzichten will. Und auch wenn wir vom Sparen reden, unterstützen wir zum Beispiel den Stellenaufbau im Bereich Hochbau und Planung, weil dies sind Stellen, die auch langfristig gebraucht werden und wo man internes Know-How aufbauen kann. Und ja, wir brauchen ein Budget, das nicht nur kurzfristige Bedürfnisse erfüllt, sondern langfristig tragfähig ist. Wir müssen aber ganz genau hinschauen, weil ich glaube keiner und keine von uns hier drin will den Kindern und Enkelkindern irgendwie so viele Schulden hinterlassen, denn das können wir einfach nicht verantworten. Und von dem her müssen wir sehr gut hinschauen und vielleicht am einen oder anderen Ort in Zukunft noch mehr wirklich in eine Wunde hineinstecken und halt auch einmal ungeliebte Massnahmen oder ungeliebte Entscheide treffen, dass wir finanziell irgendwo in eine vernünftige Lage kommen. Seine Fraktion wird den Anträgen grossmehrheitlich zustimmen. Zu den Anträgen der FDP/Mitte-Fraktion nehmen wir später noch Stellung.

Markus Hügin (SVP) fasst sich als Fraktionssprecher der SVP-Fraktion kurz. Es ist schon viel gesprochen worden über das Budget. Es hat jeder die Gelegenheit, selbst das Budget anzuschauen und sich seine Gedanken zu machen. Besonders möchte er dem FIKO-Präsidenten für den verfassten Kommissionsbericht danken. Wir hatten in der FIKO eine gute Zusammenarbeit gehabt, wenn auch mit einigen Diskussionen und unterschiedlichen Ansichten.

5. Einzelredner: Gesamtwürdigung

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

6. Anträge: Stellungnahmen und Abstimmungen

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) erklärt, dass er jeweils darüber informieren wird, welche Anträge beraten werden, bevor dann über diese abgestimmt wird.

1. Jahresprogramm 2025

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass zu den identischen Anträgen des Stadtrates und der FIKO keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Jahresprogramm 2025 wird als integrierender Bestandteil des Budget 2025 vom Rat einstimmig zur Kenntnis genommen.

2. Einzelanträge gemäss ER-Vorlage Nr. 2024-8b

Ratspräsident Thomas Eugster (SP) stellt fest, dass die 3 Anträge der FDP/Mitte-Fraktion gemäss Vorlage Nr. 2024-8b den Ratsmitgliedern mit E-Mail des Ratsschreibers vom 12. Dezember 2024 zur Kenntnis gebracht wurden.

Diese 3 Anträge werden einzeln behandelt bzw. beraten und dann beschlossen.

2.1. Erfolgsrechnung: Kürzung des Personalaufwands (Kto. 30) um TCHF 282.

Roger Ballmer (FDP) begründet als Antragsteller den Antrag der FDP/Mitte-Fraktion kurz. Aufgrund der angespannten finanziellen Lage und Unsicherheit bei der Weiterentwicklung ist mit einem weiteren kräftigen Ausbau vom Personalbestand in den nächsten Jahren zu rechnen. Dieser ist überproportional angewachsen. Die Verwaltung hat in den letzten 2 Jahren rund 10 Vollzeitstellen dazu bekommen, was einem Zuwachs von etwa 10 % entspricht. Wenn man zum Beispiel hier das Einwohnerbevölkerungswachstum anschaut, so reden wir von 1,8 Prozent in den Wachstumsjahren und das wird sich jetzt dann abflachen. Also da braucht es ja auch irgendein vernünftiges Verhältnis zwischen den Verwaltungsstellen und den entsprechenden Einwohnerzahlen. Es kommt dazu, dass eine Festanstellung vom Personal den Personalaufwand andauernd erhöht und nur schmerzhaft rückgängig gemacht werden kann, was deshalb mit der entsprechenden Vorsicht anzugehen ist. Und daher ist es unsere Überlegung, dass wir nach dem Vorsichtsprinzip auf die Festanstellungen im Bereich Hochbau von einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin oder einem wissenschaftlichen Mitarbeiter für den Bereich Umwelt und auch auf den Projektleiter oder die Projektleiterin vorerst einmal verzichten sollten. Für die anliegenden dringenden Aufgaben sollte man sich da zwischenzeitlich mit alternativen Lösungen bedienen. Da ist eine Zusammenarbeit denkbar mit spezialisierten Dritten oder aber auch mit Gemeinden, denn im Umweltbereich haben wohl alle Gemeinden eine

ähnliche Themenstellung. Braucht jetzt wirklich jede Gemeinde eine Vollzeitstelle, um diese Sachlage wirklich klären zu können oder gibt es da nicht irgendwelche Synergieeffekte? Schlussendlich kann man auch mit projektbezogenen temporären Auftrags- oder Anstellungsverhältnissen Projekte, seien es jetzt Investitionsprojekte im Schulbereich, abdecken. Sobald wir eine bessere Gewissheit haben über die finanzielle Entwicklung der Stadt ist der Zeitpunkt gegeben, um eine Neubeurteilung vornehmen zu können. Aus all diesen Überlegungen heraus beantragen wir, den Personalaufwand entsprechend um TCHF 282 im Budget 2025 zu kürzen.

Peter Küng (SP) nimmt als FIKO-Präsident zum Antrag Stellung und verweist auf den FIKO-Bericht. Der FIKO ist der Stellenzuwachs sehr genau von den jeweiligen Bereichsleiterinnen und Bereichsleitern und den zuständigen Stadträtinnen und Stadträten erklärt worden. Für die Mehrheit der Finanzkommission sind die Erklärungen sehr nachvollziehbar und sie sind der Meinung, dass der Aufbau von diesen Stellen wichtig und richtig ist für die Stadt. Auch ist im FIKO-Bericht darauf hingewiesen worden, dass es sich bei Sozialberatung gezeigt hatte, dass so ein Ressourcenaufbau auch wertvoll sein kann und dieser am Schluss sogar kostensparend sein kann. Die Mehrheit der Finanzkommission empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Stadtpräsident Daniel Spinnler äussert, dass der Stadtrat den Stellenantrag weiterhin behalten möchte, sonst hätte er ihn nicht gestellt. Er möchte noch schnell 2 - 3 Sachen dazu sagen. Einerseits zum Personalaufwand, der gestiegen ist. Dieser kann auch mit dem gewährten Ausgleich der starken Teuerung begründen. Und beim gesamten Personalaufwand sind auch die zusätzlichen Schulklassen mit zusätzlichem Lehrpersonal zu berücksichtigen. Wenn man auf Seite 49 den Stellenplan anschaut, muss dieser doch auch in einen Kontext gesetzt und an die damaligen Anträge erinnert werden. So mussten gemäss gesetzlichem Auftrag im Bereich Betreuung im Jahr 2023 die 4,33 Vollzeitstellen auf 6,79 Vollzeitstellen erhöht werden. im Bereich Unterhalt der Liegenschaften wurden 1,17 Vollzeitstellen erhöht, da zusätzliche Flächen bewirtschaftet werden müssen. Zusätzlich haben wir Personal aufgebaut und auf der anderen Seite Sachaufwand abgebaut. Er möchte beispielsweise an die Diskussionen im Bereich Wasserversorgung erinnern. Und wie vorgängig bereits erwähnt wurde, sind im Bereich Soziales Stellen aufgebaut worden, womit schlussendlich Sachaufwand-Einsparungen möglich wurden. Dies ist vom Stadtrat immer dargelegt und vom Einwohnerrat auch immer als gut befunden worden. Es ist nun schon etwas einseitig, nur einfach den Stellenplan hinzuzuziehen. Beim vorliegenden Budgetantrag geht es um einen gemischten Antrag, werden doch in diesem Antrag gleich 2 Stellen abgehandelt. Vor kurzer Zeit wurde im Zusammenhang mit dem stadträtlichen Zwischenbericht über die Nachhaltigkeit dargelegt, dass zahlreiche Aufgaben auf uns zukommen werden, was zusätzliches und langfristiges Know-How benötigt. Und all die Projekte und Themen im Hochbau-Jahresprogramm sollten natürlich sofort angegangen und erledigt werden. Auch die Einwohnerratsvorlagen und Vorstösse sind wichtig und richtig, müssen aber doch auch noch bearbeitet werden. Und somit sollte klar sein, dass wir die beantragten Stellen benötigen, damit wir das Volumen an anstehenden Arbeiten auch abarbeiten können. Gerade im Schulraumbereich weiss man wie lange es vom ersten Strich auf dem Plan bis zur Bauvollendung gehen kann. Der Entwicklungsplan zeigt die Entwicklung der Schülerzahlen auf und dass wir diesbezüglich Bedarf haben. Wie genau solche Prognosen und Einschätzungen sind, weiss man wie ja auch bei den Steuerprognosen nicht so genau, zumal auch Ökonomen die Welt ja auch nicht voraussehen können. Auf der anderen Seite ist es eben wichtig, dass wir die Projekte jetzt zur Reife bringen können. Und wenn wir dann sehen, dass es beispielsweise bei den Schulen eine Entspannung gibt, so würden ja auch nicht Schulhäuser auf Vorrat gebaut. Wenn wir aber nach Volksabstimmungen schlussendlich nicht das Geld für die Realisierung haben, hätten wir aber doch ein Problem. Aus diesem Grund hält der Stadtrat an diesen Stellenanträgen natürlich fest.

Michael Durrer (GL) äussert sich im Namen der Grünen Fraktion. Es gibt gerade mehrere Gründe, wieso die Grüne Fraktion diesen Antrag ablehnen wird. Ganz grundsätzlich sind wir überzeugt, dass sich der Stadtrat der aktuellen finanziellen Situation sehr bewusst ist und nicht einfach ohne dringenden Bedarf irgendwelche neuen Stellen schafft. Das ist in den letzten

Jahren immer schon so gewesen. Wenn Stellen geschaffen worden sind, dann sind diese absolut nachvollziehbar begründet gewesen und sie haben teilweise auch dazu geführt, dass wir am Schluss weniger Geld ausgegeben haben. Also gibt es grundsätzlich keinerlei Grund dafür, Misstrauen gegenüber dem Stadtrat und seiner Stellenplanung zu haben. Und schaut man den Stellenplan für zwei Jahre an, kann dies zu unterschiedlichen Betrachtungsweisen führen. Zum Glück hat er eine Kollegin in der Finanzkommission, die sich besser mit Zahlen als er selbst auskennt und ihm auch eine schöne Statistik präsentiert hatte. Wenn man nämlich die letzten 10 Jahre anschaut und nur den Lohnaufwand vom Verwaltungspersonal pro 1'000 Einwohner anschaut, dann ist das über 10 Jahre komplett konstant. Auch ist es so, dass von den Stellen, die man in den letzten Jahren ausser im Bereich Bildung/Schule, eine sehr lange Zeit wirklich keine zusätzlichen Stellen geschaffen hatte, obwohl die Bevölkerung stetig angewachsen ist. Auch wissen wir alle, was im Bereich Hochbau/Planung in den letzten Jahren los war. Wenn man jetzt kurz ins Budget schaut, dann sieht man auf den ersten Blick, dass dies in den kommenden Jahren nicht weniger werden wird. Also jetzt ist es der Schulraum, die Richtplanung muss überarbeitet werden, die Energieplanung und der Hochwasserschutz etc. stehen ebenfalls an. In diesem Bereich ist in den letzten Jahren schon extrem viel gelaufen und es werden weitere Aufgaben hinzukommen. Wenn wir dort jetzt auf die Bremse stehen, dann wird uns das innert kürzester Zeit einholen und in finanzieller Sicht legen wir dann darauf, denn der Einkauf von externem Fachpersonenwissen kostet uns auch sehr viel Geld. Im Zusammenhang mit der Stellenplanung wird oftmals der Beizug von Externen thematisiert und fast gleichzeitig wieder die hohen Folgekosten diskutiert. Und zuallerletzt möchte er doch auch noch darauf hinweisen, dass wir hier drinnen im Februar 2019 den Klimanotstand ausgerufen haben, was auch von der FDP/Mitte-Fraktion unterstützt wurde, welche jetzt den Antrag für die dafür benötigte Stelle beantragt. Mit der Ausrufung des Klimanotstandes ist zugleich anerkannt worden, dass die Eindämmung des Klimawandels und seiner Folgen eine höchste Priorität für uns haben muss. Im September 2020 haben wir dann einen überparteilichen Vorstoss behandelt, der die Anstellung einer Fachperson für Nachhaltigkeit gefordert hatte. Damals ist aus unterschiedlichen Gründen auf die Schaffung dieser Stelle verzichtet worden. Man hat aber dort unter anderem für das Jahr 2021 finanzielle Mittel für eine externe Projektbegleitung im Rahmen von TCHF 90 eingestellt. Und das ist vielleicht einfach so ein kleines Muster dafür, was es kostet, wenn man externe Leute bezieht. Und im Bericht des Stadtrates konnte man lesen, dass es seitens Stadtrat absolut unbestritten ist, dass nachhaltiges Handeln, ressourcen- und umweltschonend und auf lange Dauer damit auch kostensparend ist. Im Sitzungsprotokoll, da darf ich noch den Stadtpräsidenten zitieren, hat es geheissen: „Das Fachwissen zum Thema Nachhaltigkeit ist auf der Verwaltung nicht im Detail vorhanden“. Von dem her sind das gerade mehrere Gründe, die zu einer ganz klaren Ablehnung des Antrages führen.

Alexandra Muheim (SP) führt im Namen der SP-Fraktion aus, dass die SP-Fraktion auch geschlossen gegen die Anträge der FDP/Mitte-Fraktion ist. Die Stellen sind aus unserer Sicht absolut notwendig für die Weiterentwicklung von Liestal. Als Erstes möchte sie kurz auf die Stelle im Bereich Hochbau/Planung eingehen. Wir haben es in der Finanzkommission klar kommuniziert bekommen, dass im Moment einfach zu wenig Ressourcen für die vielen aktuellen Bauprojekte da sind. Aber auch diejenigen, die nicht in den Sitzungen dabei gewesen sind, haben es jetzt gehört. Und diejenigen, die ins Budget schauen, sehen, wie viele Sachen aktuell geplant sind. Da ist der Bahnhof, das Fraumatt-Schulhaus, das Rotacker-Schulhaus, das Feuerwehrmagazin, die Stadtverwaltung etc., was einfach wahnsinnig viele Projekte sind. Die Projekte müssen von der Stadt begleitet werden und für das braucht es Ressourcen. Wenn die fehlen, können entweder nicht alle Projekte umgesetzt werden oder, was noch schlimmer wäre, sie könnten nicht mit der nötigen Aufmerksamkeit behandelt werden. Und dann passieren Fehler. Im schlimmsten Fall überlasten wir auch noch die aktuell beschäftigten Personen so stark, dass wir am Schluss noch mit grösseren Ressourcenengpässen rechnen müssen. Im besten Fall, und das ist also auch kein guter Fall, können die Projekte nicht umgesetzt werden, obwohl die eigentlich schon so geplant sind und im Budget eingestellt sind. Je nachdem würde die Gebrauchstauglichkeit von Schulen und von Kindergärten gefährdet werden. Sachen, die das Volk oder auch wir hier beschlossen haben, werden nicht umgesetzt. Eigentlich habe ich an diesem Punkt noch auf die Kosten im Sozialbereich eingehen wollen, die ja

gezeigt haben, dass wenn man eine Stelle schafft, man möglicherweise sogar Kosten sparen kann oder sogar Kosten spart. Aber das haben wir ja vorher schon gehört. Dann möchte sie noch kurz auf die zweite Stelle eingehen, die noch ganz neu zur Diskussion steht bei der FDP/Mitte-Fraktion. Das hat nochmal ein ganz anderes Spektrum an Problemen, die aufkommen, wenn wir diese streichen sollten. Es geht nicht nur darum, dass wir als Stadt auch eine Verantwortung für die klimatische Zukunft haben. Es geht uns auch nicht darum, dass die Stadt eine Vorbildrolle übernehmen soll. Es geht schlicht um die Einhaltung der Ziele, die wir uns hier in diesem Saal, oder auch im Provisorium im letzten Jahr, definiert haben. So an der letzten Sitzung beim BPK-Bericht zum stadträtlichen Zwischenbericht zu den Klima-Vorstössen. Die Klima-Vorstösse sind ja nachweislich von einer Mehrheit von uns gutgeheissen worden. Damit die Vorstösse nicht Papiertiger bleiben, braucht es jemanden, der sich darum kümmert. Der beispielsweise schaut, dass wir im 2035 wirklich klimaneutral unterwegs sind, wie es zum Beispiel von einem GLP/EVP/Mitte-Fraktionspostulat gefordert wird. Uns von der SP-Fraktion sind die Vorstösse extrem wichtig. Wir wollen, dass Liestal die Verantwortung wahrnimmt und zukünftig nachhaltig unterwegs ist. Darum sind wir ganz stark gegen diesen Antrag der FDP/Mitte-Fraktion.

Markus Hügin (SVP) äussert sich im Namen der SVP-Fraktion, dass man der Meinung ist, dass dieser Antrag unterstützt wird. Auch betreffend der zweiten Stelle ist man der Meinung, dass es sinnvoller ist, die Synergien von/mit anderen Gemeinden zu nutzen, als Eigenleistungen zu erbringen.

Domenic Schneider (GLP/EVP) ist im Namen der GLP/EVP-Fraktion der Ansicht, dass jedes Projekt einen Kümmerer oder eine Kümmerin braucht. Und für das müssen wir gute Leute haben, die sich auch ein bisschen mit der Materie auskennen. Deswegen wird der Stadtratsantrag unterstützt. Er selbst hatte ja den Klimabeauftragten-Vorstoss als Mitverfasser auch unterstützt. Wenn wir mittlerweile bald jedes Jahr ein Jahrhundert-Hochwasser, eine Jahrhundert-Temperaturexplosion sowie auch Jahrhundert-Schneefälle haben und dann auch sehen, was diese kosten, dann würden wir am falschen Ort sparen, wenn wir nicht weiterschauen würden.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zu diesem Antrag keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden, weshalb er nun über diesen abstimmen lässt.

://: Der 1. Antrag der FDP/Mitte-Fraktion «Erfolgsrechnung: Kürzung des Personalaufwands (Kto. 30) um TCHF 282» wird mit 17 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen vom Einwohnerrat abgelehnt.

2.2. Investitionen: Streichung der Budgetposition «KG Schwieri: Umnutzung zu Familienzentrum», Kto. 2170.5040.0366, in der Höhe von TCHF 290.

Florian Sennhauser (FDP) begründet als Antragsteller den Antrag der FDP/Mitte-Fraktion kurz. Genau vor einem Jahr bin ich schon vor euch gestanden und habe mich aufregen müssen. Öfters wird man von der Bevölkerung gefragt, was eigentlich der Stadtrat im Schwieri mit dem Begegnungszentrum für Familien geplant hat. Damals konnte ich nicht Auskunft geben und heute kann ich es auch nicht. Das Familienzentrum ist und bleibt eine Blackbox. Bis auf eine beantwortete Interpellation liegt dem Einwohnerrat nichts vor. Also wird es halt wieder Zeit, dass die FDP/Mitte-Fraktion zu dem Thema etwas sagt. Als Erstes möchte ich einmal kurz ein paar Sätze sagen aus der schriftlichen Beantwortung von Verena Wunderlin (GLP) zu ihrer Interpellation 2023-202a. Dort ist die Frage im Raum gestanden, ob so ein Zentrum im Schwieri Kindergarten Umbaumaassnahmen benötigt. Die Antwort vom Stadtrat hat damals gelautet, dass keine grösseren Umbau- und Ausbaumaassnahmen nötig sind. Wörtlich ist dann 1:1 im Bericht gestanden: „Da im kommenden Jahr 2024 zuerst das Betriebskonzept für das Begegnungszentrum erstellt werden muss und die Sanierung Kindergarten Oris abgeschlossen sein muss, bevor Umbau und Instandstellung des KG Schwieri angepackt werden

können, werden diese Gelder erst in einem weiteren Schritt benötigt. Entsprechend ist die Budgetierung für diesen Schritt erst für 2025 vorgesehen.“ Also ich wiederhole nochmals, gemäss Stadtrat kommt zuerst ein Konzept und erst nachher folgt der Betrag im Budget. Da wir aber bis jetzt kein Konzept vorliegen haben, hat also der Stadtrat genau den umgekehrten Weg gewählt. Das Budget 2025 beinhaltet jetzt den Betrag von TCHF 290 für die Umnutzung vom Familienzentrum. Der Einwohnerrat befindet heute über diese Budgetposition. Da möchte ich die anderen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte doch schon gerne einmal fragen, was denn jetzt mit diesen 290'000 Franken passieren wird? Vielleicht kann das nachher ja noch jemand in seinem Votum ergänzen. Unsere Fraktion weiss es auf jeden Fall nicht und das Volk weiss es genauso auch nicht, wofür das Portemonnaie geöffnet werden muss. Wir fragen uns: Welche Geschäftsleitung von einem Unternehmen in der Privatwirtschaft kann einfach einmal so schnell TCHF 290 für ein Projekt ausgeben, für das kein richtiges Konzept vorliegt? Sicherlich keine Unternehmung, welche ähnlich wie die Stadt Liestal ein strukturelles Defizit von CHF 1,4 Mio. über die nächsten 5 Jahre prognostiziert. Trotz zahlreichen kritischen Stimmen im Jahr 2023 und einer Petition aus der Bevölkerung wird nicht offen kommuniziert. Aus Sicht der FDP/Mitte-Fraktion wird da etwas am Volk vorbei aufgesetzt. Zum Begegnungszentrum für Familien im Schwieri liegt dem Einwohnerrat kein Betriebskonzept vor und ebenso kein Personalkonzept. Ebenfalls ist nicht ganz klar, wie der Verein Familienzentrum Liestal aus der Büchelistrasse 6 involviert wird. Ist das eine Ergänzung zum bestehenden Angebot oder findet da eine Erweiterung statt? Gemäss Budget 2025 werden das Nutzungsprogramm und mögliche Anbieter erst noch definiert. Es gibt also noch ganz viele offene und unbeantwortete Fragen. Niemand weiss genau, was dort unten gebaut wird, wahrscheinlich weiss es der Stadtrat selber noch nicht einmal. Der Vorschlag der FDP/Mitte-Fraktion ist demzufolge wie folgt: Der Stadtrat beschäftigt sich im 2025, wie in den Jahreszielen beschrieben, vorerst mit dem Nutzungsprogramm und möglichen Anbietern. So kann im neuen Jahr dann der Einwohnerrat über ein fertiges Betriebskonzept befinden und dementsprechend die Finanzen sprechen. Wir sprechen sicher nicht TCHF 290 und schauen dann im neuen Jahr, was für Überraschungen uns mit dem Geld erwarten. Nehmen wir bitten die Zügel selber in die Hand und fordern hier vom Stadtrat mehr Transparenz. Aus dem Grund stellt die FDP/Mitte-Fraktion den Antrag zur Streichung der Budgetposition in der Einwohnerkasse zur Umnutzung vom Familienzentrum in der Höhe von 290'000 Franken. Wir bitten euch, den Antrag so zuzustimmen.

Peter Küng (SP) nimmt als FIKO-Präsident zum Antrag Stellung. Wie ich schon vorher erwähnt habe, auch hier hat die FIKO den zuständigen Stadtrat und Bereichsleiter angehört. Eine knappe Mehrheit mit präsidialem Stichtscheid ist der Meinung, dass man das positiv aufnimmt und Vertrauen hat in die zuständigen Leute. Die FIKO hat das Gefühl, dass man das so machen kann und plädiert für eine Ablehnung. Sonst möchte er den Rest gerne den Fraktionen überlassen.

Stadtpräsident Daniel Spinnler äussert sich im Namen des Stadtrates. Es ist ja schon etwas hart formuliert, dass wir anscheinend nicht wissen, was wir dort machen. Zuallererst möchte er zur Geschichte etwas sagen. Am 31. März 2022 haben wir einmal im Zusammenhang mit dem FEB-Reglement darüber diskutiert. Am 21. Dezember 2023, wiederum im Zusammenhang mit dem Budget und Jahresprogramm, hatte sich die Finanzkommission ebenfalls damit auseinandergesetzt: „Die FIKO kommt aufgrund der Ausführungen der zuständigen Stadträte zum Schluss, dass Beweggründe für die geplanten Vorhaben und die Einplanung der Budgetmittel nachvollziehbar sind“. Somit wisst ihr, was läuft. Am 21.12.2023 wurde noch die Interpellation „Entwicklungsperspektive Begegnungszentrum“ von Verena Wunderlin namens der GLP/EVP/Mitte-Fraktion eingereicht, welche vom Stadtrat bereits beantwortet wurde. Am 20. März 2024 ist das Postulat „Vorausschauende Planung von Umzug Kindergärten Schwieri“ von Verena Baumgartner der Grünen Fraktion sowie Severine Salathé der SP-Fraktion hier behandelt worden und dieser Vorstoss als erfüllt abgeschrieben worden. Im Zusammenhang mit dem Entwicklungs- und Finanzplan 2024-2028 wurden noch Empfehlungen betreffend die Sicherheit, der Umgebung, der Lärmthematik mit der Nachbarschaft usw. abgegeben, was dann auch übernommen wurde. Eine Petition zu diesem Thema ist vom Stadtrat Ende

September 2024 beantwortet worden. Von der SBK wurde im Rahmen des EP über das Grobkonzept diskutiert. Der Einwohnerrat ist unterrichtet und weiss im Groben was bezüglich dem Familien- und Begegnungszentrum dort läuft. Dann wurde gesagt, dass man keine Ahnung hat, was dort gebaut wird. Ist denn Antragsteller Florian Sennhauser (FDP) schon einmal im Schwieri Kindergarten drin gewesen? Also er selbst war wegen seinem Sohn schon ein paar Mal dort und hatte dort auch schon das WC aufgesucht. Und dort konnte er die Erfahrung machen, dass die Knie wahrscheinlich höher als der Hinterteil sind, weil das WC so tief unten ist. Und wenn man sich in den Räumen umschaute, ist man sich wohl auch bewusst, weshalb die Malerkosten so hoch sind. Wenn man das alles so anschaut, dann ist der Betrag von TCHF 290 für dieses alte Gebäude nicht ein so wahnsinnig grosser Batzen. Denn wenn man schon einmal umgebaut hat, dann sieht man, wie schnell das Geld für die Handwerker zwischen den Fingern durchgeht. Selbstverständlich werden wir nicht einfach irgendetwas ausgeben, das nicht nötig ist. Wir haben vorher über die Finanzen geredet und entsprechend werden wir hier noch weiterziehen und in die Detailplanung gehen. Und auch die beantragten Ressourcen müssten personell noch besetzt werden. Vorwürfe bezüglich einer Intransparenz müssen vollumfänglich zurückgewiesen werden. Das Detailkonzept ist im Jahresprogramm 2025 und die finanziellen Mittel im Budget 2025 enthalten. Jetzt komme ich zum Unternehmertum. Der Unternehmer/die Unternehmerin muss nicht das Parlament fragen gehen, ob er/sie das Geld haben kann, sondern kann das Geld einfach ausgeben. Wir haben eine Rechtsgrundlage und wenn man diese Investition gemäss Budget-Antrag nicht haben möchte, dann müssten wir mit einer Sondervorlage kommen. Damit würde dann der Bereich Hochbau/Planung schon etwas beübt, zumal dieser ja diesbezüglich schon sehr viele Informationen abgegeben hatte. Wenn der Einwohnerrat dies anders sieht, selbstverständlich machen wir das, aber wir sind eigentlich der Meinung, genügend transparent gewesen zu sein.

Markus Hügin (SVP) äussert sich im Namen der SVP-Fraktion. Es ist wieder ein Wortspiel zwischen Stadtrat, den Antragstellern und den Ratsmitgliedern, was da rauskommen soll. Er ist der Meinung, man sollte es wirklich gut überdenken und einen guten Projektplan machen, der wirklich transparent ist und aufzeigt, was gemacht wird und nicht auf einmal sagen, dass es schon gemacht worden sei. Der Projektplan sollte für alle zugänglich sein und aufzeigen können, was genau geplant ist. Darum unterstützt die SVP-Fraktion die FDP/Mitte-Fraktion in ihrem Vorgehen.

Alexandra Muheim (SP) führt im Namen der SP-Fraktion aus, dass die SP-Fraktion auch bei diesem Antrag grossmehrheitlich dagegen ist. Der Grossteil unserer Fraktion findet, dass wir da dem Stadtrat vertrauen können. Wir haben es vorher gehört, wir haben auch bereits im Rat darüber geredet und wir finden es darum grossmehrheitlich sinnvoll und ressourcenschonender, wenn man auf eine weitere Beratung verzichten würde.

Verena Baumgartner (GL) hält für die Grüne-Fraktion fest, dass sie den Antrag nicht unterstützen werden. Natürlich würden auch wir es begrüssen, wenn wir das Betriebskonzept sehen könnten, bevor es umgesetzt wird. Das ist auch für sie ein grosses Anliegen. Aber was für uns eben unumstritten ist, ist, dass es Sanierungsmassnahmen braucht in diesem Kindergarten. Wie gesagt, wenn man in letzter Zeit einmal dort gewesen ist, weiss man, in was für einem desolaten Zustand dieser ist. Und die Hoffnung stirbt nicht zuletzt, dass doch ein Teil des Budgets auch für energetische Sanierungen eingesetzt werden kann.

Domenic Schneider (GLP) äussert als GLP/EVP-Fraktionssprecher, dass er nichts sagen darf, weil er sonst vermutlich von rechts auf den Sack bekommen dürfte. Wir hören es dann wieder bei der Abstimmung.

Verena Wunderlin (GLP) äussert sich als Einzelsprecherin. «Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser» sagt ein Sprichwort. Ich möchte wirklich gerne das Betriebskonzept sehen. Man weiss ja nicht, wie die Räume umgebaut und wie saniert wird. Sie wartet schon lange auf das Konzept und freut sich darauf. Sie möchte das Votum von Florian Sennhauser (FDP) unterstützen und wird dem Budget-Antrag zustimmen.

Florian Sennhauser (FDP) möchte als Einzelsprecher gerne noch auf das Votum von Verena Baumgartner (GL) eingehen. Sie hat richtigerweise gesagt, dass man auch gerne das Betriebskonzept sehen möchte. Wenn die Finanzen einmal gesprochen sind, dann wird der Stadtrat nicht aufgefordert, ein Konzept vorzulegen. Dann müssten wir wieder mit neuen Anträgen kommen, weshalb er das Argument ein bisschen komisch findet. Wie vom Stadtpräsidenten gesagt wurde, ist schon immer wieder informiert worden, dies jedoch nur tröpfchenweise und die stadträtlichen Informationen in der SBK-Sitzung liegen ja nicht allen Ratsmitgliedern vor. Auch dürfte die BPK ebenfalls an den geplanten Umbaumaassnahmen interessiert sein.

Séverine Salathe (SP) äussert sich dahingehend, dass sie dem Antrag voraussichtlich zustimmen wird. Nicht, weil sie nicht der Meinung ist, dass die Grundidee des Begegnungszentrums für Familien beziehungsweise die Bündelung der vorhandenen Ressourcen im Bereich Familie in Liestal ein wichtiges Projekt für Liestal ist. Das ist absolut nicht ihre Haltung, sondern ganz im Gegenteil. Sie findet es aber wichtig, dass wir eine genauere Betrachtung vom Betriebskonzept ermöglichen. Wir haben einmal das Strategiekonzept vorliegen gehabt. Das ist aber nicht ein Betriebskonzept im Rahmen einer SBK-Beratung gewesen. Ihr Ziel ist es nicht, dass es dem Projekt schaden soll, sondern vor allem soll sichergestellt werden, dass wir das Vorhaben wirklich gut angeschaut haben und dass es schlussendlich auch von der Bevölkerung gut angenommen wird beziehungsweise auch besser mitgetragen wird. Die Kritik ist doch sehr gross, was verschiedentlich auch an die Einwohnerratsmitglieder herangetragen wurde. Sie muss aber ehrlich sagen, dass auch sie nicht glücklich darüber ist, dass es gekoppelt ist an die Sanierung. Trotz alledem fände sie es wichtig, das Betriebskonzept nochmal genau anzuschauen, weshalb sie dem Antrag vermutlich zustimmen wird.

Verena Baumgartner (GL) bemerkt, dass vom Antragsteller gesagt wurde, dass man dem Budget-Antrag zustimmen müsste, wenn man das Betriebskonzept sehen möchte. Sie hat das Gefühl, dass es auch andere Möglichkeiten gibt, denn wir müssen nicht Gelder zurückhalten, nur um das Konzept sehen zu können. Wenn es der Stadtrat nicht von sich aus bringt, dann fordern wir das dann halt einfach mit einem Vorstoss ein.

Michael Durrer (GL) möchte noch einmal darauf hinweisen, dass die Vermischung und was jetzt da alles miteinander zusammengewürfelt wird, aus seiner Sicht absolut nicht zielführend ist. Irgendwo hallt für ihn hier immer noch nach, dass gewisse Leute nicht zufrieden gewesen sind, dass der Kindergarten geschlossen wird. Und jetzt geht es da um die Sanierung und es geht um bauliche Massnahmen. Und auf der anderen Seite hat es jetzt doch noch Personen, die irgendwie dennoch gerne wissen möchten, wer kommt jetzt genau alles dort rein. Er findet, wir haben es gehört und wir haben es schon mehrfach diskutiert. Das ist nicht der richtige Weg jetzt und hier, die Gelder für die baulichen Massnahmen zu blockieren und irgendwie das Gefühl zu haben, man könne dann wieder etwas mitbestimmen bzw. mitreden, was das Konzept angeht. Er findet das nun doch eine sehr seltsame Vermischung. Auch glaubt er nicht, dass dieser Antrag aus der Motivation herauskommt, dass es irgendetwas mit dem Bauen oder dem Sanieren zu tun hat. WC-Anlagen, bei denen man die Knie nicht über dem Hinterteil hat, braucht es, egal was nachher dort reinkommt. Es ist auch seiner Sicht wohl der falsche Weg wäre, welchen man dann einschlagen möchte, wenn man mit etwas nicht ganz zufrieden oder happy ist.

Stadtpräsident Daniel Spinnler betont, dass wir bei einem Budget von 90 Millionen sind und haben eine wahnsinnige Investitionssumme. Dies möchte er auch wieder etwas in Relation setzen, wenn er sieht, wie lange wir nun schon über den Kindergarten Schwieri reden. Er selber weiss ja auch, wie das gelaufen ist und das haben wir mit der Schliessung auch bereinigt. Da haben wir eine gute Lösung gefunden. Jetzt geht es aber darum, vorwärts zu machen. Und wenn wir das wollen, dann brauchen wir das Geld. Wenn man hier sagt, ich möchte jetzt noch gerne das und jenes sehen, dann möchte er zum Votum von Michael Durrer (GL) sagen, dass die Einwohnerratsmitglieder nicht Verwaltungsräte, sondern Aktionäre sind, denn

Verwaltungsrat ist der Stadtrat mit den Bereichsleitern. Auf Seite 11 des Budgets sind zahlreiche Kredite aufgeführt. Der FC Liestal könnte ja im Zusammenhang mit dem Kredit «Beleuchtung und Zaun vom Gitterli» auch sagen, dass er genau wissen möchte, wo die Linien auf dem Fussballplatz gezeichnet werden und wo beispielsweise die Tornetze versorgt werden können etc. Aktuell diskutieren wir irgendwie auf dieser Ebene. Die Frage ist ja letztlich, ob der Rat das Familienzentrum und Begegnungszentrum will und ob er das Vertrauen in den Stadtrat hat, dass dieser mit dem Geld etwas Schlaues machen wird. Der Stadtrat macht am Schluss nicht einfach irgendetwas, zumal Projektpläne mit detaillierten Ausführungen nie gemacht werden. Und sollte man einen Kredit von TCHF 290 in der BPK diskutieren wollen, dann müssten wir hier sämtliche Kredite und Posten im Detail anschauen, denn dies wäre ja die Folge und Logik daraus. Auch möchte er festhalten, dass wenn man trotz Transparenz doch noch ein Konzept haben möchte, dann müsste man dafür auch nicht einen Antrag stellen, denn wenn der Einwohnerrat ein solches möchte, würde dies der Stadtrat auch liefern. Zur Rollenklarheit möchte er aber doch sagen, dass für die Ausführung im Sinne der Gewaltenteilung doch die Exekutive als ausführendes Organ verantwortlich zeichnet. Für das ist der Stadtrat gewählt und der Einwohnerrat wird dafür gewählt, Regeln zu setzen und dafür das Geld zu sprechen. Es ist nicht die Aufgabe des Einwohnerrats zu bestimmen, ob nun 2 WC's für Erwachsene und 3 WC's für Kinder realisiert werden sollen, denn dies ist die Aufgabe des Stadtrates bzw. der Verwaltung. Selbstverständlich nimmt der Stadtrat auch einwohnerrechtliche Inputs entgegen, wenn es solche geben sollte. Und müsste der Stadtrat bei einer Annahme des Budgetantrages eine Sondervorlage schreiben müssen, wäre dies doch ein grösserer Aufwand. Schlussendlich dürfte dem Antrag doch zugestimmt werden. Die Rückmeldungen würden aber vom Stadtrat auch ohne Sondervorlage berücksichtigt. Sollte der Einwohnerrat aber die Umnutzung zum Familienzentrum nicht wollen, dann soll er es auch ganz klar sagen und nicht über irgendwelche Umbaumaassnahmen im Detail diskutieren wollen.

Florian Sennhauser (FDP) bedankt sich bei Stadtpräsident Daniel Spinnler für seine Ausführungen. Er hat die Gewaltentrennung angesprochen. Die Gewaltentrennung ist insofern vorhanden, dass wir heute das Budget sprechen und über die Finanzen befinden. Was wir sehen, ist eine stark verschuldete Stadt Liestal mit einem strukturellen Defizit und darum wollen wir genau bei dieser Sache etwas genauer hinschauen. Michael Durrer (GL) hat noch die Umbaumaassnahmen angesprochen. Diese könnten ja rein pauschal gehalten werden und für jeglichen Einsatz dienen. Das ist natürlich eine sehr starke Annahme. Je nach dem sind die baulichen Massnahmen auch lediglich spezifisch für das Begegnungszentrum und können somit nicht auch für den Kindergarten verwendet werden.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zu diesem Antrag keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden, weshalb er nun über diesen abstimmen lässt.

://: Der 2. Antrag der FDP/Mitte-Fraktion «Investitionen: Streichung der Budgetposition «KG Schwieri: Umnutzung zu Familienzentrum», Kto. 2170.5040.0366, in der Höhe von TCHF 290» wird mit 19 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung vom Einwohnerrat angenommen.

2.3. *Investitionen: Streichung Budgetposition «SA Fraumatt: Einbau Werkraum Holz im Luftschuttkeller», Kto. 2171.5040.0358, in der Höhe von TCHF 270 sowie der Budgetposition «SA Fraumatt: Einbau Lager im ehem. Heizungskeller», Kto. 2171.5040.0359, in der Höhe von TCHF 120.*

Peter Bürgin (FDP) begründet den Antrag der FDP/Mitte-Fraktion kurz. Bei einem 90 Millionen-Budget geht es bei diesem Antrag um einen doch sehr kleine Investitionssumme von TCHF 390, doch hofft er dennoch auf eine entsprechende Aufmerksamkeit. Es geht ja nicht nur um die Streichung der zwei Budget-Positionen, sondern es geht eigentlich darum, dass die zwei Budgetpositionen eben in eine Sondervorlage umgewandelt werden. Aktuell wird ja die Investition von knapp 10 Millionen Franken für den Erweiterungsbau der Schulanlage

Fraumatt diskutiert. Historisch kann jeder nachvollziehen, wie die Kostensteigerung des Projektes in den letzten Jahren passiert ist. Dem einen oder anderen liegt sicher die zusätzliche finanzielle Belastung ziemlich schwer auf dem Magen. Mit dem Erweiterungsbau sollten alle aktuellen und zukünftigen Bedürfnisse bezüglich Schulraum im Bereich Fraumatt abgedeckt sein. Jetzt sind aber im Budget für die Umsetzung im 2025 zwei zusätzliche Positionen im Umfang von TCHF 390 für die Schulanlage Fraumatt eingestellt worden, was eigentlich nicht ein kleiner Betrag ist für das Schulhaus. Wir sind der Meinung, dass der Ausbau von diesen zwei Räumen von der BPK im Detail angeschaut werden sollte und gehen eigentlich von einem Optimierungspotenzial von etwa 25 Prozent bzw. TCHF 100 aus. Auch bei einem so grossen Budget rechtfertigt sich sicherlich die Beratung einer Sondervorlage in der BPK. Trotzdem wäre der Realisierungszeitraum im 2025 noch garantiert. Eine Zustimmung vom Einwohnerrat zu diesem sicher sinnvollen Antrag würde uns natürlich sehr freuen.

Peter Küng (SP) nimmt als FIKO-Präsident zum Antrag Stellung. Auch hier empfiehlt die Finanzkommission nach der Anhörung der verantwortlichen Personen mit einer knappen Mehrheit und präsidialem Stichtscheid die Ablehnung des Antrages. Die FIKO ist der Meinung, dass die Neunutzung von diesen zwei Räumen Sinn macht, denn selbst wenn diese nicht mehr gebraucht würden, könnten sie als Schulraum genutzt werden.

Stadtpräsident Daniel Spinnler möchte sich im Namen des Stadtrates kurzfassen, da wir heute noch einige Traktanden behandeln sollten. Es sind zwei unabhängige Sachen, die wir beantragen. Natürlich, es ist im gleichen Schulhaus, aber es ist im Altbau und hat in dem Sinn auch nichts mit dem Neubau zu tun. Es ist eine Umnutzung und darum würden wir das gerne nächstes Jahr so realisieren.

Alexandra Muheim (SP) gibt als Fraktionssprecherin bekannt, dass die SP-Fraktion auch gegen diesen Antrag geschlossen stimmen wird. Dies, weil wir die Notwendigkeit nicht sehen, die verhältnismässig sehr kleinen Projekte genauer überprüfen zu lassen. Mit einer Sondervorlage die Verwaltung zu belasten ist unverhältnismässig. In ihrer Fraktion ist sogar das Wort «Arbeitsbeschaffung» im Zusammenhang mit diesem Antrag gefallen.

Matthias Holinger (GL) bemerkt im Namen der Grünen-Fraktion, dass man auch diesen Antrag ablehnt. Die Diskussion ist etwa die gleiche wie beim vorherigen Antrag. Wie viel Vertrauen hat man in den Bereich Hochbau/Planung? Wir sind der Meinung, dass dieser Bereich die Aufgabe gut lösen wird und eine vernünftige Lösung für die Luftschutz- und Heizungskeller-Umnutzung finden wird.

Markus Rudin (SVP) äussert im Namen der SVP-Fraktion, dass der FIKO-Antrag auf Ablehnung auf dem Stichtscheid des Kommissionspräsidenten zurückzuführen ist. Es ist vermutlich gut diskutiert worden, das ist ja auch recht. Man unterstützt diesen Antrag, damit dieses Geschäft von der BPK noch genauer angeschaut werden kann, da das Fraumatt-Schulhaus ja aktuell sowieso von dieser beraten wird.

Michael Durrer (GL) gibt sein Votum als Einzelsprecher ab. Hier geht es unter anderem um den Werkraum. Gemäss Schulraumplanung wissen wir, wo Bedarf ist und an welchen Räumlichkeiten es fehlt. So wird sicher nicht ein Werkraum gebaut, welchen niemand braucht. Von Florian Sennhauser (FDP) ist vorhin gesagt worden, dass man wegen dem Defizit genau hinschauen muss, doch ist für ihn dieses Argumentarium nicht nachvollziehbar. Will nun die BPK eine Sitzung einberufen, um über die zwei Kellerräume diskutieren zu können? Und möchte man zusätzliche Sitzungsgelder erhalten, so würde er die Kommissionsmitglieder alternativ zu einem Nachtessen einladen. Er weiss nicht, wieso man auf einmal irgendwelche Kredite in der BPK beraten möchte, einzelne Punkte als Argumentarium herauspickt und solche Anträge mit dem Sparaspekt zu begründen versucht. Es verzögert das Ganze, generiert Mehraufwand und wird nach der Kommissionsberatung schlussendlich doch vom Rat bewilligt, ohne dass ein Spareffekt erzielt werden konnte.

Lukas Flüeler (GL) führt aus, dass die SBK im Zusammenhang mit der Vorlage „Erweiterungs-
bau Fraumatt“ einen Augenschein in diesem Schulhaus hatte. Wir haben die Räumlichkeiten
angeschaut und uns von Bereichsleiterin Monika Feller auch im Altbau alles zeigen lassen.
Sie hat uns auch gezeigt, wo dieser Neubau hinkommt. Wir sind dort auch auf das Thema
Werkraum zu sprechen gekommen. Mit den wachsenden Schülerzahlen ist es halt einfach
einmal so, dass auch die Werkräume gebaut werden müssen, da es Bedarf gibt. Dass das
eine nichts mit dem anderen zu tun hat, ist ja auch klar. Das eine ist der Neubau und das
andere sind jetzt einfach die Umbauten im Altbau. Ich bitte jetzt darum, nun wirklich auch ein
bisschen die Vernunft walten zu lassen und den Antrag abzulehnen, denn es braucht diese
Räumlichkeiten gemäss Prognosen nun einfach.

Stadtrat Daniel Muri äussert sich, dass es überhaupt nicht logisch ist, dass man zu viel Geld
ausgeben will. Also das beweisen wir ja der Stadtrat und auch der Einwohnerrat immer und
immer wieder. Diese Anträge sind eine Überlegung, die man machen kann. Als Handwerker
möchte er doch auch festhalten, dass die Handwerker im Zusammenhang mit dem Erweite-
rungsbau sowieso dort sind und deshalb Synergien genutzt werden sollen. Es kann deshalb
nur günstiger werden. Teurer wird es dann, wenn man in zwei Jahren eine neue Baustelle
eröffnen muss. Diese Erfahrung dürften doch alle schon gemacht haben, die Handwerker be-
stellen mussten. In den heutigen Luftschutz- und Heizungsräumen wird nachher Schulunter-
richt erteilt und das ist keine Luxuslösung. Und sollten die beiden Kredite heute nicht bewilligt
werden, so dürfte die Notwendigkeit einer Sondervorlage zu Verzögerungen von 1 – 2 Jahren
führen, doch schlussendlich müssen diese ja gleichwohl gebaut werden. Die Gutheissung des
Budget-Antrages ist weder effizient, noch zielführend oder schlussendlich gar kostensparend.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zu diesem Antrag keine weiteren Wort-
begehren mehr angemeldet werden, weshalb er nun über diesen abstimmen lässt.

://: Der 3. Antrag der FDP/Mitte-Fraktion «Investitionen: Streichung Budgetposition «SA
Fraumatt: Einbau Werkraum Holz im Luftschutzkeller», Kto. 2171.5040.0358, in der
Höhe von TCHF 270 sowie der Budgetposition «SA Fraumatt: Einbau Lager im ehem.
Heizungskeller», Kto. 2171.5040.0359, in der Höhe von TCHF 120 wird mit 16 Ja-Stim-
men gegen 20 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung vom Einwohnerrat abgelehnt.

3. Steuerfüsse und Steuersätze 2025

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) kann feststellen, dass zu den identischen Anträgen des
Stadtrates und der FIKO keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer für Natürliche Personen wird
einstimmig auf 65 % der Staatssteuer festgelegt.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) kann feststellen, dass zu den Anträgen bezüglich der
Ertrags- und Kapitalsteuer für juristische Personen keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Den Anträgen des Stadtrates sowie der FIKO für die Festlegung des Steuerfusses für
die Ertragssteuer sowie Kapitalsteuer für Juristische Personen auf 55 % der Staatssteuer
wird einstimmig zugestimmt.

4. Gebühren Wasser, Abwasser, Kehricht und Hundehaltung für 2025

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zu diesem Antrag keine Wortbegehren
angemeldet werden und er nun über die identischen Anträge des Stadtrates sowie der FIKO
betreffend den verschiedenen und unveränderten Gebühren abstimmen lässt.

://: Von der Wasserbezugsgebühr von CHF 1.74/m³ inkl. 2.6 % MwSt.; der Abwasserbenützungsg Gebühr von CHF 2.27/m³ inkl. 8.1 % MwSt.; der Kehrichtsack-Gebühr von CHF 2.-- inkl. 8.1 % MwSt. pro 35-Liter-Kehrichtsack sowie den Hundehaltungs-Gebühren (Hundegebühr von CHF 100.--; Hunde-Einschreibeg Gebühr von CHF 50.--; Hunde-Bearbeitungsgebühr von CHF 50.--) wird einstimmig Kenntnis genommen.

5. Teuerungsausgleich

Alexandra Muheim (SP) äussert sich im Namen der SP-Fraktion zum Antrag. Die SP-Fraktion ist sich bei dem Antrag über den Teuerungsausgleich nicht einig. Grundsätzlich finden wir alle, dass der Teuerungsausgleich in der aktuellen Situation zur Sicherung der Kaufkraft von unserer Angestellten der Stadt absolut nötig wäre. Wir sehen aber ein, dass wir hier jeweils mit dem Kanton zusammenspannen, weil halt die Primarschullehrpersonen von uns angestellt sind, aber vom Kanton bezahlt werden. Es wäre darum ungerecht, wenn es verschiedene Ausgleichs gäbe. Darum wird ein Teil den Antrag ablehnen, ein Teil zustimmen und ein paar werden sich enthalten, auch wenn wir im Grunde alle die gleiche Einstellung haben.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem Antrag des Stadtrates sowie der FIKO wird mit 28 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen zugestimmt und gemäss Landratsbeschluss vom 28.11.2024 kein Teuerungsausgleich für das Jahr 2025 ausgerichtet.

6. Stellenplan

Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass zu den identischen Anträgen des Stadtrates und der FIKO keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem Antrag des Stadtrates sowie der FIKO wird mit 32 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt und der Stellenplan zur Kenntnis genommen.

7. Erfolgsrechnung / Investitionen

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) hält fest, dass jetzt die Erfolgsrechnung besprochen wird. Wir haben es vorher gehört, ursprünglich hatten wir mit einem Minus von TCHF 170 gestartet. Nach der Nichtgewährung des Teuerungsausgleichs sowie dem Beschluss betreffenden Betriebskostenbeiträge „Gitterli“ sind wir bei einem Plus von TCHF 330 in der Erfolgsrechnung. Bei der Investitionsrechnung ist es so, dass mit der Gutheissung des Budget-Antrages der FDP/Mitte-Fraktion eine Kürzung um TCHF 290 beschlossen wurde.

://: Die Erfolgsrechnung sowie die Investitionen werden einstimmig beschlossen.

Schlussabstimmung

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zum Budget 2025 keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: In der Schlussabstimmung wird das Budget 2025 gemäss stadträtlichen Vorlage Nr. 2024-8 mit Berücksichtigung der vorgängig gefällten Entscheide einstimmig genehmigt.

Traktandenlisten-Bereinigung

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) erklärt, dass angesichts der fortgeschrittenen Zeit wohl kaum alle Traktanden an der heutigen Sitzung behandelt werden können. Er schlägt vor, dass das Traktandum 6 „EBL-Konzessionsvertrag“ behandelt wird, denn dieser sollte noch dieses Jahr beschlossen werden. Dann könnte noch das Traktandum 7 „SRFWL-Beitritt Nuglar-St. Pantaleon“ behandelt werden, bevor dann die heutige Sitzung mit der „Fragestunde“ abgeschlossen würde. Er bittet um kurze Voten, damit wir nicht gar zu spät zum Weihnachtsapéro kommen.

Bernhard Bonjour (SP) meldet sich und bringt den Einwand vor, dass er nicht einsehe, weshalb wir das Traktandum 7 „SRFWL-Beitritt Nuglar-St. Pantaleon“ unbedingt noch an der heutigen Sitzung behandeln müssen. Das müsste man zuerst begründen, bevor er sich einverstanden erklären kann. Er hat Angst, dass wir wieder durch die Geschäfte durchhetzen und nicht richtig Zeit haben, die Sachen richtig zu besprechen. So viel ich gesehen habe, gibt es ja einen Vertrag, einen interkommunalen Vertrag, der das überbrückt, bis die Gemeinden beschlossen haben. Dies steht so im Bericht.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) schlägt vor, dass nun die Geschäfte gemäss Traktandenliste behandelt werden und der Einwand von Bernhard Bonjour (SP) bei der Eintretensfrage beim Traktandum Nr. 7 nochmals thematisiert wird.

6. EBL-Konzessionsvertrag – Berichte Stadtrat sowie Finanzkommission (FIKO) zu Konzessionsvertrag betreffend Erstellung und Betrieb von Leitungsnetzen für die Verteilung elektrischer Energie an die Verbraucher mit der EBL (Nr. 2024-18)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Bei diesem Geschäft wird Einwohnerrat Florian Sennhauser (FDP) als EBL-Mitarbeiter bei der Beratung und Beschlussfassung wiederum in den Ausstand treten.

Peter Küng (SP) stellt als Präsident der FIKO den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2024-18a vor. In dieser Vorlage und auch in der Beratung ist es vorrangig darum gegangen, die Sachlage zu verstehen und nachvollziehen zu können. In dem Sinn möchte er Stadtpräsident Daniel Spinnler für seine klärende Präsentation in der Finanzkommission danken. Die sachlichen Erklärungen zu dieser Thematik versuchte er im FIKO-Bericht so gut wie möglich darstellen zu können. Zur Würdigung dieser Vorlage möchte er noch einmal betonen und ergänzen, dass die sogenannte KAL-Abgabe, ausgeschrieben „Abgaben und Leistungen an das Gemeinwesen für die Stromkundinnen und Stromkunden in Liestal“, sich auf einem vergleichsweise tiefen Niveau bewegt und sich diese auch nicht gross verändern wird. Die Bandbreite dieser Konzessionsabgabe von 0,34 Rappen bis 0,4 Rappen pro Kilowatt ist im schweizweiten Vergleich sehr tief. Die FIKO beantragt einstimmig, den beiden Anträge des Stadtrates zuzustimmen und freut sich natürlich ausserordentlich auf die Mehreinnahmen von TCHF 250 ab 2026.

Simon Fluri (FDP) äussert namens der FDP/Mitte-Fraktion, dass seine Fraktion inhaltlich keine Anmerkungen zum Vertrag hat und dem grundsätzlich folgen kann. Wir stellen aber trotzdem fest, dass aufgrund der Vorleistungen der Gemeinden Pratteln, Frenkendorf und Liestal nun auch andere Gemeinden im Einzugsgebiet der EBL profitieren können. Den federführenden Verhandlungsvertretern möchte man deshalb an dieser Stelle für die geleisteten Arbeiten und vor allem auch für das gute erzielte Ergebnis den besten Dank aussprechen. Die FIKO-Anträge werden einstimmig unterstützt.

Alexandra Muheim (SP) hält namens der SP-Fraktion fest, dass ihre Fraktion ebenfalls den FIKO-Anträgen folgen wird. Wir freuen uns, dass wir das Geld, das uns ja eigentlich zusteht, jetzt auch bekommen.

Anita Baumgartner (GL) informiert als Fraktionssprecherin der Grünen Fraktion, dass man den Anträgen ebenfalls zustimmen wird und sich über die Mehreinnahmen freut.

Simon Wiesner (SVP) teilt im Namen der SVP-Fraktion mit, dass seine Fraktion die Anträge ebenfalls unterstützt. Man findet ebenfalls die Spannweite von 0,34 bis 0,4 Rappen gut, wo der Stadtrat selber darüber entscheiden kann.

Stadtpräsident Daniel Spinnler bedankt sich für die positive Aufnahme des Verhandlungsergebnisses in den Fraktionen, welches ja ebenfalls Bestandteil der Aufgabenüberprüfung ist. An dieser Stelle möchte er sich namentlich noch bei Urs Kaufmann, Gemeinderat Frenkendorf, und Urs Hess, Gemeinderat Pratteln, sowie Bereichsleiter Thomas Noack der Stadtverwaltung Liestal bedanken. Ergänzend zu den vorgängigen Ausführungen von Simon Fluri (FDP) möchte er festhalten, dass man diejenigen Gemeinden im EBL-Verteilergbiet bezüglich zusätzlichen Gemeindebeiträgen an das Gitterli-Bad anfragen wird, können diese nun doch auch von den Mehreinnahmen dank dem Verhandlungsergebnis sowie Unterstützung der Stadt Liestal profitieren.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und er nun über die identischen Anträge des Stadtrates sowie der FIKO abstimmen lässt.

- ://: Der Einwohnerrat nimmt den Konzessionsvertrag mit der EBL betreffend Erstellung und Betrieb von Leitungsnetzen für die Verteilung elektrischer Energie an die Verbraucher einstimmig zur Kenntnis.
- ://: Einstimmig wird der Stadtrat vom Einwohnerrat ermächtigt, die Konzessionsabgabe in einer Bandbreite von 0.34 bis 0.4 Rp./kWh festzulegen.

7. Stützpunkt- und Regionalfirewehr Liestal (SRFWL) – Beitritt Feuerwehr Nuglar-St. Pantaleon (Nr. 2024-20)

Ratspräsident Thomas Eugster hält fest, dass zunächst abgeklärt wird, ob das Eintreten bestritten ist.

Bernhard Bonjour (SP) bittet um eine Abstimmung bezüglich Behandlung oder Nichtbehandlung des Geschäfts.

Präsident Thomas Eugster übergibt das Wort an Stadträtin Pascale Meschberger, damit sie darüber informieren kann, weshalb das Geschäft aus ihrer Sicht noch heute behandelt werden sollte.

Stadträtin Pascale Meschberger berichtet, dass der Stadtrat froh wäre, könnte das Geschäft heute besprochen werden. Der Vorlage kann man entnehmen, dass die kantonale Weisung im letzten Jahr geändert hat und wir nun mit etwas abgesägten Hosen da stehen. Wir haben eigentlich schon im Sommer den Beitritt von Nuglar-St. Pantaleon in den Gemeinderäten und im Stadtrat beschlossen, wie das in unseren Statuten steht, und haben es dann dem Kanton weitergegeben. Dieser sagt nun jetzt, dass es einem Einwohnerratsbeschluss bedarf. Das ist aus unserer Sicht darum dringend, weil Nuglar-St. Pantaleon ihre Feuerwehr in dem Sinne aufgelöst hat und es diese so nicht mehr gibt. Deshalb haben wir eine Notlösung mit einem interkommunalen Vertrag gefunden. Mit Nuglar-St. Pantaleon kommen rund 20 Prozent neue Feuerwehrangehörige in unsere Feuerwehr hinein. Wenn wir nur den Vertrag haben, heisst das, sie sind nicht wirklich Mitglied im Zweckverband und haben überhaupt kein Mitspracherecht. Das geht aus unserer Sicht nicht und das wäre nicht fair. Wenn wir das Geschäft heute und jetzt nicht beschliessen, dann wird es Januar und anschliessend müsste es noch vom Kanton abgeseget werden, womit noch mehrere Monate ins Land gehen, bis Nuglar-St. Pantaleon dann endlich stimmberechtigt wäre. Es haben bereits alle SRFWL-Gemeinden zugesagt und der Stadtrat wäre deshalb froh, wenn der Einwohnerrat an der heutigen Sitzung als letzte Gemeinde auch noch entscheiden würde und wir nicht noch eine Extrarunde machen müssen.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) gibt bekannt, dass jetzt eine Abstimmung über die Behandlung des Traktandums durchgeführt wird.

://: Mit 33 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen beschliesst der Einwohnerrat, dass das Geschäft an der heutigen Sitzung behandelt wird.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) informiert, dass das Büro dem Rat die Direktberatung der Vorlage vorschlägt. Er kann nach Umfrage feststellen, dass das Eintreten unbestritten ist.

Stadträtin Pascale Meschberger orientiert, dass der Stadtrat eine Direktberatung der Vorlage vorschlägt, weil er der Meinung ist, dass die Sachlage eigentlich relativ klar ist. Man kann nun dafür oder dagegen sein. Als die SRFWL gegründet wurde, hatte man bereits das Ziel, grösser zu werden. Ursprünglich, das ist euch vielleicht noch bekannt, hat es das Projekt „Florian“ gegeben, bei dem elf Gemeinden gemeinsam einen Feuerwehrverbund machen wollten. Dieser ist schlussendlich nicht zustande gekommen. Die Feuerwehr ist ein ziemlich emotionales Thema, da doch einige ihre eigene Feuerwehr behalten wollen. Kleinere Gemeinden konnten aber ihr Tagespikett nicht mehr gewährleisten und darum hat es dann auch die SRFWL daraus gegeben. Der Kanton wollte eigentlich schon vor Jahren, dass sich die Feuerwehren in den Regionen zusammenschliessen. Wir sind hier eigentlich Vorreiter, worauf wir sehr stolz sind. Unser Ziel war es immer, wachsen zu können, da der Tagespikett immer weniger gewährleistet werden kann. Wir sind immer mehr darauf angewiesen, dass wir grössere Regionen haben und zusammenschliessen können. Wir hatten am Anfang das Gefühl, und das müssen wir jetzt

auch eingestehen, dass wir auch billiger werden. Das hat in den ersten Jahren noch gestimmt, wir waren auch billiger, schaut man die Vollkostenrechnung an. Unterdessen kommen jedoch diverse Investitionen auf uns zu, weswegen es in absehbarer Zeit nicht wirklich billiger wird. Die auf uns zukommenden Kosten sind im Budget eingestellt und sollten im nächsten Jahr relativ stabil bleiben. Mit Nuglar-St. Pantaleon werden wir nicht billiger, dort haben wir eine neue Wache. Die Wache war vorher in Büren und die wird jetzt nach Nuglar gezügelt, weil Abklärungen gezeigt haben, dass dies viel sinnvoller ist, weil wir in Nuglar viele Leute haben, die noch in der Feuerwehr tätig sind. Wir erhoffen uns, dass noch weitere Gemeinden zum SRFWL hinzukommen werden, damit sich dann auch die Last besser verteilt. Hier ist es jetzt noch nicht der Fall, wir freuen uns dennoch, dass Nuglar-St. Pantaleon dazukommt. Büren ist als Solothurner-Gemeinde auch schon dabei, was nicht so einfach war, da Solothurn ganz andere gesetzliche Vorgaben hat. Aber wir haben es geschafft, das alles unter einen Hut bringen zu können und würden uns über eine aktive Feuerwehr zusammen mit Nuglar-St. Pantaleon sehr freuen, obwohl diese gemäss interkommunalem Vertrag schon beim SRFWL dabei ist. Wir würden uns aber wünschen, dass diese auch das Recht haben, mitbestimmen zu können, wo es hingehend soll. Ihr ist die Feuerwehr ein ganz grosses Anliegen, was sie bereits letztes Jahr in der GOR-Kommission gesagt habe. Wir sind jetzt an der Totalrevision der SRFWL- Statuten und der Stadtrat ist mit dem Einwohnerrat einig, dass dies nötig ist, denn Fehler und Erfahrungen nach dem Neustart sollen bereinigt werden. Dieses Geschäft wird nächstes Jahr in den Einwohnerrat kommen und dieser wird genügend Zeit haben, dieses auch im Detail besprechen zu können. Die Rettungswache geht nächstes Jahr auf, was ebenfalls wiederum ein tolles Signal für unsere Feuerwehr und ihr Wachstum ist.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zum Vorschlag des Büros für eine Direktberatung der Vorlage keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und er nun über die Direktberatung der Vorlage abstimmen lässt.

://: Mit 35 Ja-Stimmen wird die Direktberatung der Vorlage einstimmig beschlossen.

Verena Wunderlin (GLP) erläutert als Fraktionssprecherin der GLP/EVP-Fraktion, dass die Stützpunkt- und die Regionalfeuerwehr Liestal eine Wachstumsstrategie verfolgt. Da die Feuerwehr Nuglar-St. Pantaleon bereits im Projekt mitgearbeitet hat, konnte man damit rechnen, dass sie zum Stützpunkt Liestal stossen wird. Nach den nötigen Abklärungen hat Nuglar-St. Pantaleon an der Gemeindeversammlung vom 12. Juni dem Vorhaben zugestimmt. Wie man mir gesagt hat, ist ein Spontaneinsatz seitens der Gemeinde noch möglich, aber für grössere Einsätze fehlen die Infrastruktur und die nötigen Feuerwehrleute. Darum ist die Gemeinde froh, jetzt die Verantwortung weiter geben zu können. Zur aktuellen Situation ist zu sagen, dass sich die Statuten des Zweckverbandes in Totalrevision befinden. Sie sollen 2025 dem Einwohnerrat vorgelegt werden. Eigentlich ist man davon ausgegangen, dass durch den Zusammenschluss Kosten eingespart werden können, effektiv ist das aber alles teurer geworden. Ihre Fraktion stimmt dem Beitritt von Nuglar-St. Pantaleon einstimmig zu.

Marius Ziegler (SVP) gibt als Fraktionssprecher der SVP-Fraktion bekannt, dass alle der SVP-Fraktion dem Antrag des Stadtrates zum Beitritt der Gemeinde Nuglar-St. Pantaleon in die SRFWL einstimmig zustimmen werden. Aber wir fragen uns, warum ist Liestal so spät dran mit dem Antrag bezüglich dem Beitritt von Nuglar-St. Pantaleon? Stadträtin Pascale Meschberger hat es gesagt, es ist alles sehr knapp und das Geschäft muss noch einmal zurück in den Kanton. Die anderen Mitgliedsgemeinden sind früher gewesen, zum Teil sehr viel früher. Wir möchten an dieser Stelle auch nochmal darauf hinweisen, dass gesagt worden ist, dass es mit weiteren Mitgliedergemeinden günstiger wird. Jetzt sind aber auf dem Budget 2025 wieder viele Franken mehr drauf als im Budget 2024. Wir appellieren an den Stadtrat, dass es unbedingt Bestrebungen geben muss, um die Kosten wieder senken zu können in der Feuerwehr und in der SRFWL. Mit günstigeren Kosten kann man vielleicht auch wieder die Attraktivität steigern, damit sich weitere Nachbargemeinden wie Bubendorf, Lausen, Frenkendorf sowie Füllinsdorf usw. ebenfalls für einen SRFWL-Beitritt entscheiden.

Bernhard Bonjour (SP) betont als SP-Fraktionssprecher, dass man einstimmig dem Beitritt von Nuglar-St. Pantaleon zugestimmt wird. Weil es keine Kommissionsberatung gibt, wird er nicht trotzen und eine ganze Reihe seiner Fragen deshalb nicht stellen. Aber eine Bemerkung ist ihm ganz wichtig im Rückblick, auch wegen dem, was von Stadträtin Pascale Meschberger vorher gesagt hatte. Als der Zweckverband gegründet worden ist, hatte die GOR-Kommission als letzte der Instanzen über die Statuten und den SRFWL-Beitritt reden können. Aber an den Statuten konnte sie nichts mehr ändern und wir sind unter starken Zeitdruck gesetzt worden. Die Kommission hatte in der Diskussion darauf hingewiesen, dass es eigentlich in den Statuten falsch geregelt ist, dass es für die Zustimmung zur Neuaufnahmen neuer Gemeinden nicht einer Mehrheit der Gemeinderäte bedarf, sondern diese Entscheide von der Legislative gefällt werden müssten. Jetzt ist der Regierungsrat nach langer Zeit doch auch noch zu diesem Schluss gekommen und die Statuten müssen diesbezüglich geändert werden. Für ihn ist interessant, dass manchmal in einer GOR-Kommission doch mehr Fachwissen vorhanden ist als offenbar anderswo und es eben gescheit wäre, wenn man solche Kommissionen ernst nehmen würde. Und es ist nicht das erste Mal, dass er das Gefühl habe, dass Vorprüfungen oder auch Genehmigungen durch den Regierungsrat nicht immer wahnsinnig zuverlässig sind und dort auch immer wieder etwas übersehen wird. Ihm ist es ganz wichtig, dass wir die Zusicherung haben, dass nächstes Jahr die SRFWL-Statutenrevision in den Einwohnerrat kommt und dieser auch genügend Zeit für die Beratung dieses Geschäfts hat. Und dies ohne die stadträtliche Aussage, dass die anderen Gemeinden den Statuten bereits zugestimmt haben. Daran, dass der Einwohnerrat immer wieder unter Druck gesetzt wurde, hat die amtierende Stadträtin keine Schuld. Wesentlich ist für seine Fraktion ebenfalls die stadträtliche Aussage in der Einwohnerratsvorlage, dass der Zweckverband einsatzstark ist sowie zu jeder Zeit die notwendige Hilfeleistung erbringen und die Schutzziele einhalten kann.

Richard Gafner (FDP) informiert als Fraktionssprecher darüber, dass die FDP/Mitte-Fraktion den Beitritt von Nuglar-St. Pantaleon zum Zweckverband natürlich unterstützt. Wie im Bericht vom Stadtrat vermerkt, macht die Erweiterung ja durchaus Sinn und liegt auch in der Strategie des Zweckverbandes. Natürlich wären auch wir froh, wenn die Erweiterung baldmöglichst wieder positive Kosteneffekte zeigen würde. Aber wenn natürlich Aufgabenerweiterungen im Raum stehen, die quasi von oben aufgedrückt werden, dann ist das sicher schwierig. Als GOR-Kommissionsmitglied freut er sich natürlich darauf, dass wir nächstes Jahr frühzeitig dann auch die überarbeiteten Statuten zur Beratung bekommen und nicht wieder Feuerwehrübungen machen müssen.

Verena Baumgartner (GL) hält sich im Namen der Grünen Fraktion kurz und stellt fest, dass man den stadträtlichen Anträgen zustimmen wird. Wir freuen uns ebenfalls auf die neuen SRFWL-Statuten und hoffen auf bessere Finanzen.

Stadträtin Pascale Meschberger bedankt sich vielmals für das Wohlwollen, das da entgegenkommt und hält bezüglich der Statuten-Revision fest, dass Liestal natürlich nicht alleine bestimmen kann. Aber in der Betriebskommission wurde bereits klar gemacht, dass die Revision der Statuten wahrscheinlich erst im Jahre 2026 umgesetzt wird, damit wir mindestens ein halbes Jahr Zeit haben. Es wird so in den Einwohnerrat kommen, dass dieser genug Zeit hat, um dieses Geschäft besprechen zu können. Die Betriebskommission weiss, dass Liestal über einen kompetenten Einwohnerrat mit kompetenten Kommissionen verfügt. Dies ist auch deshalb wichtig, weil wir effektiv merken, dass gewisse Diskussionen oftmals anstrengend sind und wir merken, dass zusätzlich mitdenkende Köpfe zu einem besseren Resultat führen. Der Beitritt von Nuglar-St. Pantaleon ist von allen Gemeinden an den Gemeindeversammlungen im November und Dezember 2024 beschlossen worden. Sie hätte dieses Geschäft ebenfalls gerne an der November-Sitzung behandelt, doch diese ist ja wie bekannt abgesagt worden und ausgefallen.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und er nun über die Vorlage abstimmen lässt.

://: Der Einwohnerrat genehmigt einstimmig den Beitritt der Einwohnergemeinde Nuglar-St. Pantaleon zum Feuerwehrzweckverband Stützpunkt und Regionalfeuerwehr Liestal (SRFWL) und die dazugehörige Änderung der Anhänge A und B zu den Statuten vom 25. Juni 2019.

8. Fragestunde

1. Frage / Florian Sennhauser (FDP) – Enteignungsverfahren «Schwierigsteg»

Wie hoch schätzt der Stadtrat die Chancen ein, dass das Enteignungsverfahren beim Schwierigsteg erfolgreich ausgehen wird und wie lange wird dieses Verfahren potenziell dauern?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Es sind zwei Fragen, die gestellt werden. Die erste Frage heisst wohl „Warum geht ihr davon aus, dass das klappt?“. Natürlich geht der Stadtrat davon aus, dass das Enteignungsverfahren zu einem schnelleren Abschluss führt als eine Situation, die man eigentlich gütlich hätte regeln können, aber wo man im Moment überhaupt nicht vom Fleck kommt. Wir haben klare Voraussetzungen, dass man enteignen kann. Es gibt die gesetzlichen Grundlagen und einen geltenden Bau- und Strassenlinienplan. Auch gibt es ein absolutes öffentliches Interesse und auf dieser Grundlagen glauben wir nicht, dass das Enteignungsgericht zu einem anderen Schluss käme als wir, dass das nicht dürfte enteignet werden. Das ist die erste Frage. Und zur zweiten Fragen bezüglich der Dauer: Es gibt ja die Gewaltenteilung und wir kennen das Programm des Enteignungsgerichts nicht bzw. dessen Ressourcen. Wir hoffen, dass es schnell geht und dieser Weg schneller ist, als dieser, der bis jetzt nicht zu einem Ende führte.

2. Frage / Florian Sennhauser (FDP) – Törli-Uhr

Wann nimmt die Törli-Uhr wieder den Betrieb auf? Kriegen wir das bis Ende 2024 noch hin, sodass wir pünktlich das neue Jahr einläuten können?

Stadtrat Daniel Muri: Nein, bis Ende 2024 kriegen wir es leider nicht hin. Die Uhr ist so alt und die Ersatzteile müssen alle von Hand nachgebaut werden, da es kein Ersatzteillager mehr gibt. Die Törli-Uhr wird auch in der Nacht von Silvester/Neujahr nicht gehen.

3. Frage / Natalie Oberholzer (GL) – Trifluoressigsäure (TFA) im Grundwasser

Das BAFU hat am 18. November 2024 neue Befunde zu Trifluoressigsäure (TFA) im Grundwasser veröffentlicht. Darin heisst es, dass TFA eine erhebliche Bedrohung für die Wasserqualität darstellt.

Die nationale Grundwasserbeobachtung NAQUA hat im Rahmen der Pilotstudie in den Jahren 2022 und 2023 TFA im Grundwasser analysiert. Dabei wurden zwei aussergewöhnliche Spitzenwerte im schweizweiten Vergleich festgestellt. Beide Messwerte liegen in unmittelbarer Nähe der Ergolz, hiess es.

- Wo genau liegen diese beiden Messstellen der beiden Spitzenwerte?
- Wurde die Wasserversorgung Liestal über diese beiden Spitzenwerte informiert?
- Wie hoch sind die aktuellen TFA-Werte, die im Einzugsbereich der Trinkwasserversorgung Liestal liegen?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Die Messstellen liegen in der Nähe des Einlaufs der Ergolz in den Rhein, also unterhalb von Liestal. Zur zweiten Frage: Unsere Wasserversorgung ist wegen der Spitzenwerte nicht gefährdet. Auch ist es so, dass natürlich eine Wasserversorgung sofort vom kantonalen Labor informiert würde, wenn ihr Trinkwasser gefährdet wäre. Die Publikation ist vom BAFU, dann geht es zum Kanton und dann geht es zu den Gemeinden. Zur dritten Frage: Nach dieser Publikation waren keine Messungen möglich. Wir sind natürlich immer daran, das anzuschauen und jetzt sowieso. Aber die Werte müssen von Fachleuten analysiert werden und auch die Standorte sowie die Fliessgeschwindigkeiten etc. Allenfalls könnten differenzierte Antworten auf eine Interpellation und nicht in einer „Fragestunde“ gegeben werden.

4. Frage / Anja Weyeneth (SP) – Postulat «Kultur, Sport- und Vereinspass Armutsbetroffene
Im Mai 2022 wurde das Postulat an den SR überwiesen. In der Sammelvorlage vom Januar 2024 wurde auf Ende des ersten Quartals verwiesen. Auf der Pendenzenliste vom November war die Traktandierung für die ER-Sitzung im Dezember 2024 vorgesehen. Doch leider ist das Geschäft auch heute nicht auf die Traktandenliste. Auf der neuen Pendenzenliste ist die Terminierung auf April 2025 angesetzt. Woran oder an was klemmt es bei diesem Postulat, dass es immer wieder verschoben wird?

Stadtpräsident Daniel Spinnler: Es klemmt nirgends und die Postulatsbeantwortung ist beinahe fertig. Im Moment haben wir aber ganz andere dringende Themen und es gibt zudem noch andere Postulate, die auf eine Beantwortung warten. Da werden wir auch wieder einen Zwischenbericht machen, damit ihr wisst, wo diese stehen. Es ist ein Ressourcenthema, unter anderem auch wegen dem Weggang des Stadtverwalters.

5. Frage / Anja Weyeneth (SP) – Parkbussen im Stedtli

Am letzten Wochenende hat der Weihnachtsmarkt stattgefunden und ist bei vielen Liestalerinnen und Liestalern sowie Auswärtigen auf reges Interesse gestossen. Es herrschte eine fröhliche Stimmung. Nicht ganz in diese Stimmung passte die Aktion der Polizei, Parkzeitkontrollen durchzuführen und Parkbussen zu verteilen. Es ist unverständlich, dass gerade dann, wenn Liestal am attraktivsten sein will und auch ist, auf den Stedtli-Parkplätzen Bussen ausgestellt werden. Ich finde diese Massnahme nicht Image fördernd, insbesondere wenn neu eine Zentrums-Managerin angestellt worden ist, zur Förderung der Attraktivität von Liestal.

Meine Frage: Teilt der Stadtrat die Auffassung, dass die erfolgten Parkkontrollen nicht der Förderung des Stedtli dienen und deshalb im kommenden Jahr darauf verzichten wird?

Stadträtin Pascale Meschberger: Gemäss den Rechtsgrundlagen der Stadt Liestal dürfen für das Parkieren auf öffentlichem Grund Gebühren erhoben werden. Die Rechtsgrundlagen sehen keinen Aussetzungsgrund der Gebührenpflicht bei speziellen Anlässen vor. Die Anweisung an die Polizei, Parkbussen nicht auszustellen, weil eben ein Weihnachtsmarkt ist, wäre darum sehr willkürlich und würde vermutlich nicht von allen geschätzt. Ausserdem glauben wir, dass es nicht ganz fair denen gegenüber wäre, die ihre Parkgebühren, wie es sich es gehört, zahlen. Darum werden wir es der Polizei weiterhin überlassen, wann Sie die Kontrollen macht.

6. Frage / Matthias Holinger (GL) – Fassadensanierung des Palazzos

Der Neubau der nord-westlichen Bahnhof-Umgebung nähert sich langsam dem Abschluss. Was nun umso mehr auffällt ist die Sanierungsbedürftigkeit des Palazzos. Hat die Stadt Möglichkeiten, zumindest auf eine Fassadensanierung des Palazzos Einfluss zu nehmen?

Stadtpräsident Daniel Spinnler: Das Palazzo ist in Privatbesitz und zusätzlich ist es auch nicht unter kantonalem Denkmalschutz. Wenn es unter kantonalem Denkmalschutz wäre, dann könnte die Eigentümerschaft Beiträge anfordern zur Sanierung dieser Fassade. Von Seiten Stadt können wir aber nicht befehlen, dass die Fassadensanierung gemacht werden muss.

7. Frage / Vreni Wunderlin (GLP) – Bahnhofpaten

Bahnhöfe sind zentrale Punkte des öffentlichen Lebens. Der Bahnhofumbau geht seinem Ende entgegen. Die Wege zu den Perrons sind zum Teil, speziell für ältere Personen, und Rollstuhlfahrer lang. Die damals eingesetzten Bahnhofpaten absolvierten einen wichtigen Job, indem sie ihre Hilfe überall wo nötig anboten. Denkt die Stadt nicht daran, diesen freiwilligen guten Einsatz zugunsten der Bahnfahrer:innen wieder einzusetzen?

Stadträtin Pascale Meschberger: Die Antwort auf dies Frage findet man auf Seite 33 des Budgets und Jahresplanes 2025. Die «Bahnhofpaten» sind eines der Jahresziele.

8. Frage / Richard Gafner (FDP) - Parkleitsystem

Seit unserer letzten Rückfrage ist etwas mehr als ein Jahr vergangen und immer ist noch nichts vom Parkleitsystem in Liestal zu sehen. Wann wird das Parkleitsystem nun installiert werden bzw. in Betrieb genommen? Bei wie vielen Standorten sind noch Abklärungen nötig, bevor Installationen vorgenommen werden können?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Vor der Montage braucht es die Zustimmung aller Parkhausbesitzenden. Dann braucht es die Zustimmung aller Grundeigentümerschaften über den Landerwerb oder Nutzungsrechte. Dort ist man bei fünf durch und bei zwei ist man fast durch. Man kann sich ja vorstellen, dass es zum Teil Widerstände gibt, wenn eine riesige Tafel auf ein Grundstück gestellt werden soll. Schwierig ist es dort, wo mehrere Grundstückbesitzer miteinander verbandelt sind und sich diese zuerst auch noch einig werden müssen. Da sind wir jetzt aber fast am Ziel und dann kommt es zur Montage. Wir hoffen, dass wir das so schnell wie möglich machen können. Ich mache jetzt hier keine Versprechungen, doch wir werden alles geben.

9. Frage / Domenic Schneider (GLP) – Ampelsteuerung Gestadeck-Kreuzung

Durch die neue Verkehrsführung wird der Durchgangsverkehr in der Büchelistrasse voraussichtlich reduziert. Damit entfällt die Notwendigkeit, die Ampelschaltung aus der Büchelistrasse gezielt zu verkürzen.

Ist vorgesehen, die Ampelsteuerung so anzupassen, dass der Verkehr aus der Büchelistrasse und vom Zeughausplatz (via Rumpel) wieder flüssiger abfließen kann?

Stadträtin Marie-Theres Beele: Ein entsprechendes Gesuch um Anpassung dieser Ampel ist bereits vor der Verkehrsumstellung in die andere Richtung beim Kanton gestellt worden. Der Kanton lässt zu finanzielle Lasten der Stadt Liestal die Frage prüfen, aber er kann nichts versprechen. Dies, weil die Ampeln von oben nach unten natürlich auch koordiniert werden muss mit der Ampel, die nachher vom Nonnenbodenweg hineinkommt. Es darf keine Behinderung des Verkehrs geben auf der Rosenstrasse und über die Gestadeck-Kreuzung, sonst hat man nichts erreicht.

10. Frage / Domenic Schneider (GLP) – Zubringerdienst Büchelistrasse

Per November 2024 wurde in der Büchelistrasse der Zubringerdienst installiert.

Kann uns der Stadtrat über erste Erfahrungen und Erkenntnisse sowie allfällig weitere, geplante Massnahmen informieren?

Stadträtin Pascale Meschberger: Die Antwort ist nicht so einfach. Es ist auch noch sehr frisch. Wir haben im Vorfeld unter anderem über Plakate zu informieren versucht, dass die Verkehrsführung ändern wird. Es ist auf den sozialen Medien ziemlich viel herumgegangen, bevor es stattgefunden hat. Dann haben wir bewusst in den ersten zehn Tagen einen Verkehrsdienst hingestellt, der die Leute freundlich darauf hingewiesen hat. Es sind natürlich noch alle dort durchgefahren, trotz den neu installierten Schildern, aber man hat sie darauf hingewiesen. Jetzt sind sie nicht mehr fix dort. Jetzt merkt man, dass immer noch sehr viel durchfahren. Wir haben dies auch ein bisschen befürchtet. Und so lange wir Zubringer haben, ist das natürlich eines der Risiken. Das lässt sich nicht ganz vermeiden. Wir werden die Polizei wieder avisieren, dass sie vermehrt jetzt halt eben auch Bussen ausspricht. Weil man sieht durchaus, dass diese Leute hinfahren, langsam werden und dann geben sie Gas. Also diese machen das sehr bewusst. Ich glaube, diese haben dann langsam auch Bussen verdient. Bis jetzt ist die Polizei noch da gewesen und hat die Leute einfach freundlich darauf hingewiesen, dass sie bitte nicht dort durchfahren. Wir müssen auch Lösungen finden, dass das keinen Ausweichverkehr gibt über den Fischmarkt. Also es stellen sich da schon noch ein paar Fragen, auch unten mit der Ampelgeschichte. Das werden wir sicher noch angehen müssen. Wir hoffen aber dennoch ein

bisschen auf die Vernunft der Leute über die längere Frist. Auch unten beim Rumpel/Zeughausplatz funktioniert es noch nicht, wie es sein sollte.

11. Frage / Domenic Schneider (GLP) – Schwelle in der Sichertnstrasse

In der Einwohnerratssitzung vom August wurde mir auf meine Frage zur Schwelle an der Sichertnstrasse mitgeteilt, dass die SBB die Schwelle anpassen werden. Heute, vier Monate später wurde noch nichts realisiert.

Kann der Stadtrat beantworten, bis wann diese Anpassung realisiert wird oder sich bei der SBB für eine zeitnahe Umsetzung einsetzen?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Es ist schon ein wenig realisiert worden. Man muss nur einmal mit dem Velo dort darüberfahren und merkt dann, dass man das Hinterteil nicht mehr so fest heben muss wie vorher. Der Bereich Tiefbau zuerst und dann auch noch der Stadtrat haben die SBB massiv darum gebeten, das sofort anzupassen, weil es nicht gemäss Plänen erstellt wurde. Jetzt haben sie etwas abgeschliffen, doch muss man noch die Steine, die dort sind, auch noch versetzen. Wir haben schon lustige Ideen gehabt im Stadtrat, was wir da machen könnten, aber die geben wir jetzt hier nicht offiziell bekannt. Es geht darum, dass jetzt einfach wirklich die SBB auch noch einmal unter Druck gesetzt wird und es muss gemäss Plänen gebaut werden. Aber es wird eine Schwelle geben.

12. Frage / Domenic Schneider (GLP) - Sitzgelegenheiten am Bahnhof

Auf den Perrons des Bahnhofs stehen aktuell je Perron 2–3 Sitzbänke zur Verfügung. Im Vergleich zu anderen Bahnhöfen in der Schweiz ist dies deutlich weniger. Insbesondere für ältere Personen, die Umsteigezeiten überbrücken müssen, sind zusätzliche Sitzgelegenheiten wichtig.

Ist dem Stadtrat bekannt, ob die SBB weitere Sitzgelegenheit bereitstellen wird? Ist er allenfalls bereit, sich bei der SBB dafür einzusetzen, dass am Bahnhof mehr Sitzgelegenheiten zur Verfügung gestellt werden?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Sie kann versichern, dass der Stadtrat an diesem Thema mit der SBB dranbleiben wird. Im Moment ist die SBB auf der Position, dass dies dem Konzept dieser Bahnhofgrösse entspricht. Wir können das von uns her nicht ändern und werden einfach weiter pickeln. Es ist auch nicht nur die Frage der Anzahl an Bänken, sondern auch von den Distanzen der Bänke zu den Warteorten. Das dünkt mich fast noch ein grösseres Problem, aber das ist jetzt ihre persönliche Meinung und nicht eine Antwort auf diese Frage.

13. Frage / Lukas Heinzelmann (SVP) – Brücke geschlossen

Die Fussgängerbrücke über die Ergolz im Heidenloch (Grammet) auf den Forellenweg ist seit längerem geschlossen.

Warum ist dies so?

Und im Budget 2025 ist nur eine Projektierung vorgesehen und keine Sanierung.

Wenn Die Brücke defekt ist, warum wurde diese nicht längst schon repariert?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Die Brücke kann man nicht so einfach mal locker reparieren, auch wenn es eine Fussgängerbrücke ist. Sie ist unten massiv geschädigt und es besteht die Gefahr, dass diese nicht mehr trägt. Wegen dem musste sie auch geschlossen werden. Dass man zuerst ein Projekt braucht, bevor man einen Projektkredit fordert, ist einfach notwendig und das ist der erste nächste Schritt.

14. Frage / Lukas Heinzelmann (SVP) – Fussgängerstreifen bei Schneefall

Wie jedes Jahr, wenn es schneit fangen die Mitarbeiter der Stadt und dem Kanton frühzeitig an die Wege und Strassen vom Schnee zu befreien, Danke dafür.

Aufgefallen ist aber auch, dass bei Fussgängerstreifen kein Durchgang gemacht wurde, so dass mit einem Kinderwagen oder Gehschwache Menschen fast keine Chance hatten die Strasse zu überqueren.

Beim Kindergarten Mühlematt war der Berg Schnee so hoch, dass die Kinder weiterweg die Strasse überqueren mussten.

Gibt es keine Möglichkeit, dass bei Schneefall bei Fussgängerstreifen einen Durchgang geschaufelt wird oder ist dies personell nicht möglich?

Stadträtin Marie-Theres Beele: Die Betriebe haben alles beim ersten Schneefall gegeben. Das Problem ist, dass die Fussgängerstreifen freigeschaufelt werden, dann kommt der Schneepflug vom Kanton und die Schneehaufen liegen wieder auf dem Fussgängerstreifen. Es hat auch Leute gegeben, die beispielsweise sagten, es darf kein Schnee auf ihrem Hausplatz liegen.

15. Frage / Marius Ziegler (SVP) – Öffentliche Toiletten beim Bahnhof

Anscheinend wurden die Öffentlichen Toiletten im neuen Bahnhofgebäude vergessen. Die Situation ist für Anwohner, Pendler oder Ladenbesitzer am Bahnhofplatz sehr unangenehm. Es sieht zum Teil sehr übel aus vor allem in den Morgenstunden, hat der Stadtrat Kenntnis von dieser Situation? Wie will man diese Situation entschärfen oder beheben?

Stadtrat Daniel Muri: Dem Stadtrat ist die Situation bekannt. Die WC's sind nicht vergessen gegangen. Unterdessen sind zwei öffentliche WC's gegenüber der Bäckerei Ziegler in Betrieb genommen worden. Diese Toiletten werden von der SBB betrieben und unterhalten.

16. Frage / Marius Ziegler (SVP) – Taxistandplätze beim Postparkplatz

Bei den Postparkplätzen wurden einige Taxistandplätze installiert.

Was gedenkt der Stadtrat zu unternehmen, dass die Kunden der Post wieder genügend Parkplätze zur Verfügung haben?

Stadtrat Daniel Muri: Die Umwidmung der vier bestehenden öffentlichen Parkplätze zu Taxistandplätze sind mit der Post so abgesprochen. Grundsätzlich stehen die übrigen Parkplätze den Kundinnen und Kunden der Post zur Verfügung. Allerdings parkieren halt dort einfach auch sehr viele diverse andere Kurzzeitparkierende, die auch nicht auf die Post gehen. Die Situation sollte sich dann wieder entschärfen, wenn das „Park and Ride“ der SBB hinten beim Emma Herwegh-Platz wiedereröffnet wird. Zudem werden voraussichtlich im ersten Quartal zwei Taxi-Stände bei der PU Sichern installiert. In den nächsten Monaten tut sich sehr viel um den Bahnhof herum. Das sind die Arbeiten, die jetzt alle noch angegangen werden und Ende 2025 ist dann irgendwann einmal alles fertig.

17. Frage / Jonas Bischofberger (SP) – Durchfahrverbot Büchelstrasse

Das neue Durchfahrverbot an der Büchelstrasse wird schlecht eingehalten und es kommt zu häufigen Tempoüberschreitungen. Welche Massnahmen plant der Stadtrat, um das Fahrverbot mit Zubringerdienst sowie die 20er Zone durchzusetzen?

Stadträtin Pascale Meschberger: Diese Frage ist bereits mit ihrer Antwort zur 10. Frage beantwortet worden.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglements am Schluss der Versammlung noch mündlich begründen können.

Er stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) wünscht allen Anwesenden und ihren Familienangehörigen besinnliche und schöne Weihnachtstage sowie einen guten Start ins neue Jahr 2025. Er lädt nun im Anschluss an die Ratssitzung zum Weihnachtsapéro im Rathaus ein.

Schluss der Sitzung: 19.50 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Ratspräsident

Thomas Eugster

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann